



JOURNAL

Zweitausend16

Jahresbericht der Sächsischen
Landeszentrale für politische Bildung

Schlagzeile Seite 1?

Wie die Zeitung von morgen entsteht

Was hält die Gesellschaft noch zusammen?

Politische Bildung in einer entgrenzten Zeit



Inhalt

KRIEG UND FRIEDEN



Zweitausen16	Seite 3
Jahresbericht der Landeszentrale von Frank Richter, Direktor der Landeszentrale a.D.	
Wut, Protest und Volkes Wille?	10
Onlineberichterstattung zur Populismus-Tagung in Kassel am 25./26. April	
Komplexe Herausforderungen	14
Erfahrungen im Projekt Kommune im Dialog (K!D)	
Schlagzeile Seite 1?	16
Wie die Zeitung von morgen entsteht. Presseseminar bei der Freien Presse	
Politische Bildung digital	18
Daten-Roaming, Lobbyismus und die Idee vom Frieden	22
Netzpolitische Brüsselreise	
Schwarz auf weiß	24
Publikationsangebote und Bücherzentrum	
Frieden, Paz, Peace	26
Wünsche zum Tag der Deutschen Einheit	
Was hält die Gesellschaft noch zusammen?	28
Politische Bildung in einer entgrenzten Zeit	
Netzwerker	34
Ohne Partner kann die Landeszentrale ihren Auftrag nicht erfüllen	

Zweitausend16

von Frank Richter, Direktor der Landeszentrale bis zum 31. Januar 2017



Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) beging 2016 das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. Die Festveranstaltung fand am 19. September im „smac“ (Staatliches Museum für Archäologie) statt, an einem geschichtsträchtigen Ort in Chemnitz, in eben jenem Gebäude, das in der drittgrößten Stadt Sachsens bekannt ist als „Kaufhaus Schocken“. Die jüdischen Besitzer waren in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von den Nationalsozialisten enteignet worden.

Lage der politischen Bildung in Sachsen

Das in moderner Architektur errichtete und nunmehr als prominenter Museumsbau neu gestaltete Gebäude gab einen würdigen Rahmen für die Feier, an der über 200 geladene Gäste teilnahmen. Ministerpräsident Stanislaw Tillich und die Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig hielten Grußworte. Professor Dr. Klaus-Peter Hufer von der Universität Duisburg-Essen erläuterte im Festvortrag seine Recherchen über den ernüchternden Stand der politischen Bildung im Freistaat Sachsen (Auszüge auf S. 28 ff.) Hufer bescheinigte der SLpB eine positive Rolle in der Gesamtbetrachtung der sächsischen Bildungslandschaft.

Am Folgetag, dem 20.9.2017, fand – ebenfalls in Chemnitz – das Weiterbildungsforum des Landesbeirats Erwachsenenbildung statt. Es widmete sich der Situation der Träger der politischen Bildung. Im Ergebnis stand eine öffentliche Erklärung, welche in eindringlichen Worten auf die zum Teil missliche Lage der politischen Bildung aufmerksam machte. Das abendliche Konzert von „Wenzel & Band“ im smac beschloss zwei Tage, die – zusammen betrachtet – nicht nur der SLpB, sondern dem Anliegen der politischen Bildung insgesamt gut taten. Das Konzert war ausverkauft und belegte einprägsam die behauptete „Wesensverwandtschaft“ von kultureller und politischer Bildung.

Populismus und politische Bildung

Wie immer ist es schwer, einzelne Ereignisse oder Entwicklungen eines ganzen Jahres retrospektiv hervorzuheben. Zu

Frank Richter bei der Festveranstaltung zum 25jährigen SLpB-Bestehen

2016 IN ZAHLEN



SÄCHSISCHE GESCHICHTE
Landeskunde
10 [5]

POLITISCHE BILDUNG
102 [89]

Zahl der Veranstaltungen
2016 [2015]
THEMEN

POLITISCHES SYSTEM /
politische Ordnung
35 [23]

INNENPOLITIK
10 [15]

DIKTATUR
Aufarbeitung
und Systemvergleich
27 [58]

BETEILIGUNG AM FREMD VERANSTALTUNGEN

Veranstaltungen 73 [81]
Teilnehmer 7.221 [8.727]
Arbeitseinheiten 114,5 [127,5]



VERANSTALTUNGS FORMEN

Zahl der Veranstaltungen
2016 [2015]



* Festveranstaltung, Gedenkveranstaltung, Infomobileinsatz, Informationsstand, Theateraufführungen und Poetry Slams

DEUTSCHE GESCHICHTE GESCHICHTE ALLGEMEIN

22 [51]
darunter Veranstaltungen
zum Jahresthema
25 [96]

EUROPA /
INTERNATIONALES
24 [36]

ÖFFENTLICHKEITS ARBEIT

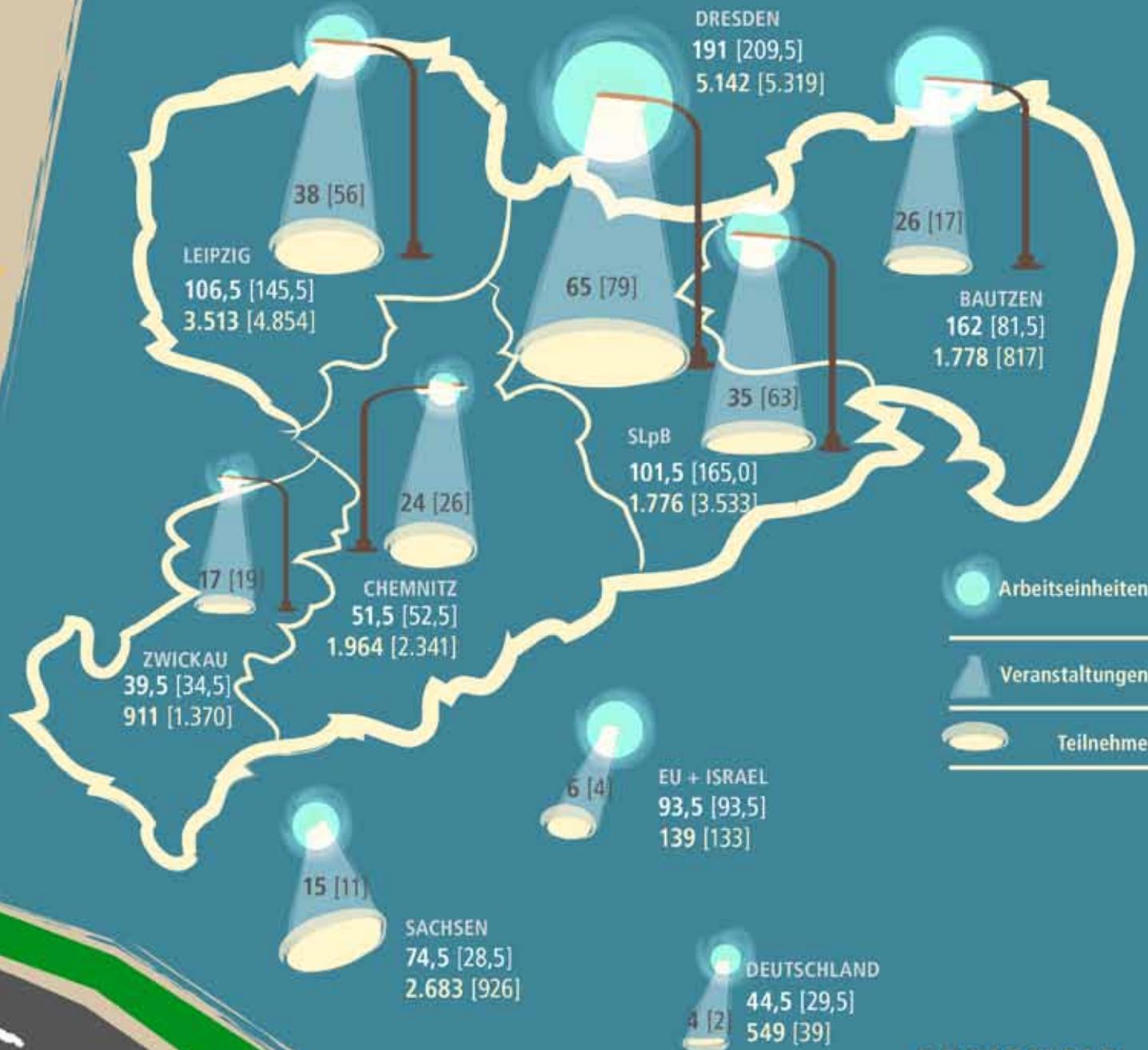
3 x 17.500 Newsletter
211 Presseberichte



41 [39]
Veranstaltungen
INFOSTAND

INFOMOBIL

9 [10]
Veranstaltungen
[22 Einsatztage]



REGIONALE VERTEILUNG

Zahl der Veranstaltungen
2016 [2015]

Sächsische Friedensfahrt



Teilnehmer beim Arbeitseinsatz auf dem Garnisonsfriedhof Dresden.

Politische Bildung. Das klingt nach verstaubten Räumen, lang und träge verlaufenden Frontalbeschallungen, die Aussicht auf zähe Diskussionen mit stickiger Heizungsluft in einem viel zu kleinen Raum? Glauben Sie. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung ging im Frühjahr 2016 einen etwas anderen Weg. Das Jahresthema „Krieg und Frieden“, gab hierzu den Anlass. Dass der Frieden fragil und der Krieg allumfassend ist, erfahren wir mittelbar aktuell. Wie gingen unsere Vorfahren damit um und was bedeutet dies für uns heute?

Drei historische Friedensorte standen als Etappenziele im Fokus: das Altranstädter Schloss, die Hubertusburg in Wernsdorf und die Friedenskirche in Radebeul. Jene Orte haben sich dank der mit Diplomatie und Verhandlungsgeschick geschlossenen Friedensschlüsse einen Platz in den Geschichtsbüchern gesichert. Mit der etwas anderen Neuauflage der Friedensfahrt führen wir im Mai diese Orte an. Vor Ort lernten wir die Geschichte der einzelnen Stationen näher kennen lernen und setzten uns bei der Fahrt rund um das Thema Krieg und Frieden auseinander. Weitere Etappenziele waren die Frauenkirche, der Garnisonsfriedhof und die Offiziersschule des Heeres in Dresden.

den fraglos wichtigen Veranstaltungen gehörte eine gemeinsam mit der Bundeszentrale und weiteren Landeszentralen im April 2016 in Kassel durchgeführte Tagung zur Bedeutung des Populismus für die politische Bildung. Über zwei Tage lang diskutierten Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet über das Erstarken des politischen Phänomens und über die angemessenen Reaktionen der staatlich verantworteten politischen Bildung (mehr Informationen S. 10 f.) Mehrere Mitarbeiter der SLpB waren an der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung engagiert beteiligt und wegen ihrer Kompetenz insbesondere im kommunalpolitischen Raum als Referenten und Gesprächspartner gefragt.

Ausgeprägte autoritäre Denk- (und Verhaltens-) Muster

Der aktuell geltende, von CDU und SPD geschlossene Koalitionsvertrag sieht vor, dass nunmehr auch für den Freistaat Sachsen der Sachsenmonitor, ein Untersuchungsinstrumentarium der politischen Einstellungen der Bevölkerung, ihrer Lebenslagen und aktueller gesellschaftlicher Trends entwickelt und angewendet wird. Der Direktor der SLpB fungierte 2016 als Vorsitzender des Beirats und hatte die Gelegenheit, an der öffentlichen Präsentation der Ergebnisse des 1. Sachsenmonitors im November 2016 mitzuwirken.

Die auf wissenschaftlicher Basis gewonnenen Erkenntnisse sind geeignet, die notwendigen Schwerpunktsetzungen der politischen Bildung präziser als bisher herauszuarbeiten. Der im Januar 2017 aus dem Amt geschiedene Direktor sah sich im Zuge der Bewertung der im Sachsenmonitor gewonnenen Erkenntnisse in seiner Einschätzung bestätigt, dass es in Sachsen nach wie vor einen ausgeprägten Sockel an autoritären Denk- (und Verhaltens-) Mustern gibt, der für die offene und demokratisch verfasste Gesellschaft ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellt.

Großveranstaltungen

Die mit Abstand personal- und ressourcenintensivsten Aktivitäten der SLpB im Berichtszeitraum stellten die ausgebaute



Politische Bildung mit Gitarre: Konzert mit Wenzel & Band zum 25jährigen SLpB-Jubiläum

Standgestaltung und Betreuung während der Leipziger Buchmesse sowie die über drei volle Tage organisierte Präsenz während der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit dar. Ebenso hervorzuheben ist die Mitwirkung bei ausgewählten Veranstaltungen während des 100. Deutschen Katholikentages in Leipzig.

Die über eine volle Woche laufende „Sächsische Friedensfahrt“ bediente das SLpB-Jahresthema „Krieg und Frieden“ in einer besonderen Art. Die Teilnehmer „erfuhren“ via Velo sächsische Orte, die im Zusammenhang von kriegerischen Handlungen und Friedensschlüssen zu einer mehr oder weniger großen historischen Prominenz gefunden haben. (Altranstädt bei Markranstädt, Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, Wernsdorf mit dem Frieden von Hubertusburg, Friedenskirche Radebeul/Altkötzschenbroda, Frauenkirche und sowjetischer Garnisonsfriedhof in Dresden). Für die durchschnittlich 15 Teilnehmer folgte auf je einen Fahrrad-Tag ein Tag intensiver inhaltlicher Auseinandersetzung mit den politischen und historischen Implikationen eines „Friedens-Ortes“. Einige bemerkten, wie überraschend und interessant sie die historischen Einordnungen und Bewertungen der Völkerschlacht durch den Vertreter des französischen Konsulats

in Leipzig fanden. En passant realisierten sie die Bedeutung von Perspektivwechsel und Empathie.

Ausstellung über Simone Weil

Eine besonderer Dank im Jahr 2016 gilt der Friedensbibliothek der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Sie stellte der SLpB ihre Ausstellung über Simone Weil zu ausgesprochen günstigen Konditionen zur Verfügung. Die französische Jüdin hatte sich in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts philosophisch und sozialpsychologisch mit den Phänomenen und Konsequenzen der Entwurzelung weiter Teile der Bevölkerung befasst und den aufziehenden Nationalsozialismus eindrucksvoll beschrieben. Die Ausstellung über sie und ihr Werk konnte über mehrere Wochen in den Räumen auf der Schützenhofstraße gezeigt und diskutiert werden.

Ebenso zu danken ist der Chefredaktion der Freien Presse (FP) in Chemnitz. Sie machte es möglich, dass sich von der SLpB ausgewählte Personen einen ganzen Tag lang in ihren Räumen aufhalten und alle Arbeitsschritte, von der ersten morgendlichen Lagebesprechung bis zur letzten abendlichen Beratung und zur Auslösung des Druckauftrags, miterleben und mitgestalten durften. Das Vorurteil der so genannten „Lügenpresse“ wurde an diesem Tag eindrucksvoll entkräftet (mehr dazu auf S. 16 f.)

Kontinuität und Veränderung

Im Veranstaltungsreferat kam es durch Veränderungen der Verantwortlichkeiten beim Themenbereich DDR-Geschichte/Diktatur-Aufarbeitung zu einer deutlichen Zunahme an Veranstaltungen (+38%). Dieser, besonders unter personellen Gesichtspunkten, nicht unkritisch zu betrachtende Zuwachs hatte zur Folge, dass sich die SLpB stärker als zuvor in die konzeptionelle und inhaltliche Ausgestaltung der zumeist Kooperationsveranstaltungen einbrachte. Diese Neuausrichtung des Themenbereiches DDR-Geschichte/Diktatur-Aufarbeitung führte auch zu einer positiven Intensivierung

Jahresthema: Krieg und Frieden

Afghanistan, Syrien, Irak, Kongo, Kosovo, Ukraine – Kriege bestimmen die Nachrichten und sie sind kein Novum, sondern prägen die gesamte Menschheitsgeschichte. Historiker belegen knapp 14.400 Kriege, denen ungefähr 3,5 Milliarden Menschen zum Opfer fielen. In der längsten Zeit der Geschichte waren Kriege allgegenwärtig, sie bestimmten das Leben und das Selbstverständnis der Menschen.

Heute ist für viele Menschen Frieden der Normalzustand, wenn auch oft ein fragiler. Die Friedens- und Konfliktforschung unterteilt den Begriff in negativen Frieden (d. h. Abwesenheit personaler, direkter Gewalt) und positiven Frieden (Abwesenheit struktureller, indirekter Gewalt). Frieden ist zuerst die Abwesenheit von Krieg und Gewalt, die Konflikte zwischen Menschen, sozialen Gruppen oder Staaten werden in rechtlich festgelegten Normen ohne Gewalt ausgetragen. Für diesen Zustand gibt es keine Garantie, er ist keine Selbstverständlichkeit, seine Bewahrung ist immer aktuell.

25 Veranstaltungen zum Jahresthema Krieg und Frieden

Vor diesem Hintergrund hatte die Landeszentrale für 2016 das Jahresthema „Krieg und Frieden“ gewählt. Es gab Angebote zu politischer Kultur, Diplomatie, Cyberkrieg, sächsischen Friedensorten, Völkerrecht, Neuen Kriegen, Gewalt, Rolle der UN, Friedensbewegung, Flucht, Bürgerkrieg, internationale Sicherheit, Konfliktkultur, Kriegsursachen, Friedensforschung und Lösungsstrategien. Aus Sicht der politischen Bildung bot das Thema „Krieg und Frieden“ eine Vielzahl von Ansatzpunkten für interessante Veranstaltungen und lebhaft Diskussionen.



Publikationen zum Jahresthema (Auswahl):

Kristin Lesch: Sachsen im Ersten Weltkrieg. Herausgegeben von Frank-Lothar Kroll und Dirk Reitz, Dresden 2016, 200 S.

German Werth: Wie war das mit Verdun? Teilnehmer der Schlacht erinnern sich. Rundfunk-Feature. Audio-CD, Sonderausgabe für die Landeszentralen f. polit. Bildung, Berlin 2016.

Herfried Münkler: Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung, Berlin 2016, 396 S.

Janne Teller: Krieg. Stell Dir vor, er wäre hier. Wer kann, flieht in den Nahen Osten... Ein Gedankenexperiment. München 2011, E-Book, Download unter www.slpb.de



Bartosz Wielinski (rechts, Gazeta Wyborcza) und Prof. Werner J. Patzelt (TU Dresden) sprechen über die aktuelle politische Situation in Polen.

Das Donnerstagsgespräch

Meist am ersten Donnerstag im Monat erklären wir im Donnerstagsgespräch an einem aktuellen Thema wie Politik funktioniert und werfen einen Blick hinter die Kulissen der Macht. Die Donnerstagsgespräche wurden 2016 von DRESDENEINS.TV aufgezeichnet und sind auf der Homepage der Landeszentrale, über ihren YouTube-Kanal und DRESDENEINS.TV abrufbar. Bis zum Redaktionsschluss wurden die sieben Donnerstagsgespräche von 2016 2.837-mal (2015: 2.898) aufgerufen.

7. Januar 2016

Zwischen Brache und blühenden Landschaften

Der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Prof. Peter Hampe zieht im Donnerstagsgespräch mit Prof. Werner J. Patzelt 25 Jahre nach der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Bilanz zur Transformation der ostdeutschen Wirtschaft.

4. Februar 2016

Wie staatsfern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk?

Falk Neubert, MdL (medienpolitischer Sprecher der Linken im Sächsischen Landtag, MDR-Rundfunkrat) und Peter Stawowy



Prof. Peter Hampe spricht im Donnerstagsgespräch zur wirtschaftlichen Bilanz der Deutschen Einheit.

(Medienexperte) diskutierten die Frage: Wie staatsfern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk?

3. März 2016

Umbruch in Polen?

Bartosz Wielinski (Gazeta Wyborcza) und Prof. Werner J. Patzelt (TU Dresden) sprechen über die aktuelle politische Situation in Polen. Wielinski: „Ihr habt auch ein Problem, wenn Polen ein autoritärer Staat wird. Ganz Europa hat dann ein Problem.“

12. Mai 2016

Gustav Stresemann, Dresden und die Weimarer Republik

Professor em. Karl Heinrich Pohl sprach mit Dr. Mike Schmeitzner über seine neuen Biographie zu Gustav Stresemann, welche insbesondere die sächsischen Jahre des späteren Reichskanzlers und Außenministers beleuchtet.

2. Juni 2016

Warum Schulpflicht?

Freilerner verstoßen gegen die Schulpflicht. Ihre Eltern riskieren hohe Strafen. Warum? Matthias Müller hat drei



Alle Donnerstagsgespräche zum nachschauen: slpb.de/angebote/das-donnerstagsgesprach/

Söhne. Sie gehen „nur“ in die Schule des Lebens, nicht aber in die staatliche Regelschule. Im Donnerstagsgespräch mit Prof. Werner J. Patzelt schilderte Matthias Müller seine Gründe und Erfahrungen.

20. Oktober 2016

Die digitale Bildungsrevolution

Die Zukunft der Bildung ist digital. Ralph Müller-Eiselt vom Projekt „Teilhabe in einer digitalisierten Welt“ bei der Bertelsmann-Stiftung und Dr. Annette Rehfeld-Staudt von der SLpB über Chancen und Risiken der neuen digitalen Bildungswelt.

3. November 2016

Medienkritik statt „Lügenpresse“

Uwe Krüger (Universität Leipzig) und Dr. Joachim Amm (SLpB) über die Rolle der Medien im politischen System und das Vertrauen der Bürger in die Arbeit von Journalisten. Krügers Buch „Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen“ war in der SLpB kostenlos erhältlich.



Voller Einsatz beim Poetry-Slam

bei der Vernetzung mit Partnern und der Wiederbelebung von Kooperationen.

In den übrigen Bereichen des Veranstaltungsreferates wurden Kooperationen und etablierte Formate (z.B. in Delitzsch und Waldheim) kontinuierlich gepflegt. Besonders gut wurden unter den abrufbaren Veranstaltungen der Poetry-Slam-Workshop für Jugendliche zu den Themen „Krieg und Frieden“, „Freiheit“ und „Anderssein“ angenommen. Diese Pflege von „Standard“-Angeboten schaffte nötigen Raum für die Entwicklung spezieller Angebote zum Jahresthema und zum Luther-Jubiläum – die allesamt sehr gut angenommen wurden. Neben diesen zwei Schwerpunkten im Veranstaltungsjahr 2016 sind unbedingt die Ausstellung von Klaus Hopf „Bilder brechen auf“ (mit Workshops), der Schreibwettbewerb „Zivilcourage“ und die Beteiligung am Gedenkjahr „300 Jahre sächsischer Strafvollzug in Waldheim“ zu erwähnen.

Dilemma-Diskussion

2015 wurde aus dem Projekt „Die Konstanzer Methode der Dilemma-Diskussion in Sachsen“ (KiS) das Projekt „Dilemma-Diskussion in Sachsen“ (DDiS) abgeleitet und 2016 weiterentwickelt. Bei 16 Seminaren und Workshops (2015: 6) lernten

die insgesamt 414 Teilnehmer (2015: 134) die Methode der Dilemma-Diskussion als eine humane Bildungspraxis zur moralischen Verständigung kennen. Beratungen, Fortbildungen und Gesprächstreffen mit interessierten Pädagogen wurden zusätzlich geleistet. Das Projekt DDiS wird im kommenden Doppelhaushalt noch einmal weitergeführt. DDiS muss bis Ende 2018 in Sachsen so etabliert sein, dass es auf eigenen Beinen steht.

Veränderter Bedarf

Das Fachgebiet Europa/Internationales hat sich verändert. Die europapolitische Bildungsarbeit trat in den Hintergrund, wenngleich Studienreisen (Brüssel, Prag) und Veranstaltungen zu TTIP und BREXIT weiterhin aktuell angeboten und gut nachgefragt wurden. Aufgrund der gesellschaftlichen Lage dominieren die Themen Asyl, Migration und Integration. Damit korrespondiert auch die notwendige Auseinandersetzung mit den Themen Populismus, Hass und Xenophobie in Sachsen. Ebenso notwendig sind Angebote, welche die Perspektive der Migranten aufgreifen und ihren Bedürfnissen entsprechen. Im Fachgebiet Europa/Internationales ist die Zahl der Kooperationen mit Partnern aus der politischen Bildung, dem Europa-Bereich (z.B. Vereine, Institutionen) und der Flüchtlingsarbeit sprunghaft angewachsen. Die Kontakte nach Polen und Tschechien sollen in Zukunft intensiviert werden.

Das Veranstaltungsreferat hat auftragsgemäß eine große inhaltliche Bandbreite. Unter den gegebenen Bedingungen kann die Bandbreite der Veranstaltungen nicht immer kontinuierlich in gleich hoher Qualität abgesichert werden. Daher sind zeitweilige und wechselnde Schwerpunkte zu setzen.

Beteiligung an Fremd-Veranstaltungen

Neben den eigenen und Kooperations-Veranstaltungen waren die Mitarbeiter der SLpB auch bei Veranstaltungen anderer Anbieter der politischen Bildung beteiligt. Bei 73 Veranstaltungen (2015: 81) mit 7.221 Teilnehmern (2015: 8.727) war die SLpB auf Einladung mit Vorträgen, Moderationen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Expertengesprächen aktiv.

#wtf?! Wissen, Thesen, Fakten

Die Presse lügt. Die EU ist eine Diktatur. Und der „kleine Mann“ hat sowieso nichts zu melden! Einfache „Antworten“ dieser Art erfreuen sich in jüngster Zeit nicht nur in der sächsischen Bevölkerung wachsender Beliebtheit. Die Liste ließe sich beliebig verlängern – allen solchen Vorurteilen ist eines gemeinsam: Sie richten sich gegen die herrschenden Eliten aus Politik und Medien, sie nutzen Wissensdefizite über demokratische Prozesse, appellieren an Unsicherheiten und Ängste und stellen so das gesamte demokratische System grundsätzlich in Frage.

#wtf - Wissen, Thesen, Fakten

Die SLpB hat deswegen 2016 die Kampagne #wtf?! - Wissen, Thesen, Fakten ins Leben gerufen, die das Demokratieverständnis und die konstruktive Diskussion über einen Wertekonsens in unserer Gesellschaft insbesondere bei Jugendlichen fördern will. Das Ziel der Kampagne ist Bildung. Ziel ist es ausdrücklich nicht, umerziehend zu wirken oder Kritiker mundtot zu machen. Die Bevölkerung soll Hintergrundwissen vermittelt bekommen, um selbst einschätzen zu können, welches Vorurteil seine Berechtigung hat und welches nicht.



Netz-Videos, Print-Magazin und Schulmaterial

Kern der Kampagne sind fünf Online-Videos sowie begleitende Magazine (Auflage 55.000, Versand an alle Oberschulen, BSZ und Gymnasien) und Lehrermaterial, die bis Ende 2017 nacheinander erscheinen werden. Sie greifen jeweils ein gängiges Klischee auf und behandeln dieses tiefergehend aus unterschiedlichen Perspektiven. 2016 waren das die „Lügenpresse“ und die „Diktatur Europa“. Begleitendes Schulmaterial ermöglicht Lehrern, die Videos und Magazine im Unterricht einzusetzen.

Wut, Protest und Volkes Wille?

Onlineberichterstattung zur Populismus-Tagung in Kassel am 25./26. April



Für die SLpB blogte der Journalist Heiko Weckbrodt von der Populismus-Tagung in Kassel auf slpb.de/blog

Gespenst des Populismus geht um in Europa

Kassel 25. April 2016. In Europa geht das Gespenst des Populismus' um und mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist nun auch Deutschland eine rechtspopulistische Partei in den Parlamenten vertreten. Davor hat Hanne Wurzel von der Bundeszentrale für politische Bildung heute auf einer „Populismus“-Konferenz in Kassel gewarnt – in Vertretung von Bundeszentralen-Präsident Thomas Krüger, der wegen Bahnproblemen in Wolfsburg festsaß. Es sei die Pflicht aller Demokraten, diffusen Ängsten, wie sie von Populisten geschürt werden, zu begegnen, betonte Hanne Wurzel. Die Grenzen des Dialogs seien erreicht, wenn „Rassisten gegen bestimmte Gruppen hetzen“.

Gerade aber der Weg eines Dialoges mit Populisten wie der Pegida-Bewegung in Dresden und deren Anhängern blieb auf der Konferenz vieldiskutiert. Prof. Jan-Werner Müller von der Princeton-Universität, der aus den USA nach Kassel gekommen war, plädierte sogar sehr nachhaltig für diesen Pfad. „Wir sollten diesen Dialog immer wieder suchen“, forderte er. Andernfalls tue man es den Populisten gleich und grenze ganze Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich aus. Professor Müller bestärkte in diesem Punkt vor allem auch Frank Richter von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Der Landeszentralen-Direktor hatte in der Vergangenheit immer wieder für einen Dialog mit den Pegida-Anhängern und -Sympathisanten plädiert – und ihn auch geführt.

Zur zweitägigen Populismus-Tagung „Wut, Protest und Volkes Wille?“ hat die Bundeszentrale in Kooperation mit einigen Landeszentralen für politische Bildung nach Kassel eingeladen. Das Thema bewegt derzeit offensichtlich die Gemüter, denn die Tagung war deutlich überbucht. Insgesamt rund 400 Teilnehmer aus ganz Deutschland (und teils auch aus dem Ausland) folgten der Einladung.

Populisten agieren vor allem anti-elitär und anti-pluralistisch

Kassel, 25. April 2016. Der Wesenskern heutiger Populisten ist vor allem eine anti-elitäre und anti-pluralistische Einstellung. Diesen Definitionsversuch hat Professor Jan-Werner Müller von der Princeton-Universität heute auf einer Populismus-Tagung der Bundes- und einiger Landeszentralen für politische Bildung in Kassel unternommen. Wesentlich sei weder ihre völkische, rechte oder emotionale Ausrichtung, sondern ihr „moralischer Alleinvertretungsanspruch“ für einen von ihnen angenommenen „reinen“ Volkswillen. Tenor: Sie vertreten eine schweigende Mehrheit, die sich nicht zu äußern wagt oder von der „Lügenpresse“ und „dem System“ in die Irre geführt wird.

Potenziell stelle jede populistische Bewegung insofern die repräsentative Demokratie grundsätzlich in Frage, argumentierte Professor Müller. Denn mit ihrer Argumentation, eine schon seit Jahren schweigende Mehrheit zu repräsentieren, säen sie grundsätzlichen Zweifel an einem System, das solch eine „schweigende Mehrheit“ nicht zu Wort kommen lasse. Auch daher lasse sich erklären, dass viele populistische Bewegungen in den USA wie in Europa von einem verkorksten politischen System sprechen, das es zu „reinigen“ gelte. Auch die Affinität zu Verschwörungstheorien lasse sich so erklären.

Schwere Demokratiekrise in Ostdeutschland

Kassel/Dresden, 25. April 2016. Der Osten Deutschlands erlebt 26 Jahre nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung eine „schwere gesellschaftliche und demokratische Krise“. Das hat Direktor Frank Richter heute auf einer Populismus-Tagung in Kassel eingeschätzt. Die rechtspopulistische Pegida-Bewegung in Dresden sei ein deutliches Anzeichen dafür, betonte der Direktor der sächsischen Landeszentrale.

Eure Ordnung ist nicht unsere!

Richter warnte davor zu unterschätzen, wie grundsätzlich der Vertrauensverlust einiger Menschen in Sachsen und Ostdeutschland in das politische System der Bundesrepublik sei.



Hanne Wurzel von der Bundeszentrale für politische Bildung

Viele dieser Menschen fühlten sich - nach den tiefen biografischen Umbrüchen der 1990er Jahre - jetzt ein zweites Mal kulturell enteignet. „Da gibt es viele, die sagen: Diese eure Ordnung ist nicht die unsrige!“ Sich diesem Problem mit immer neuen Dialogversuchen zu stellen, halte er für eine wichtige Aufgabe der politischen Bildungsarbeit. Allerdings sehe auch er inzwischen Grenzen des Dialogs: einerseits die strafrechtlichen Grenzen für Meinungsäußerungen. Andererseits gebe es offensichtlich einen harten Kern hochradikalisierter und rechtsextremer Pegida-Anhänger, der durch Dialog nicht erreichbar sei.

Dresdner Ingenieure behandeln soziale Probleme wie kaputten Motor

Zudem seien zwar viele Parallelen zwischen rechtspopulistischen Bewegungen in Deutschland unübersehbar. „Pegida“ selbst ist aber nach Richters Meinung ein spezifisches „Dresdner Phänomen“. Die Anhängerschaft dieser Bewegung bestehe keineswegs mehrheitlich aus Deklassierten, sondern speise sich wesentlich durch eine in Dresden tief verwurzelte Tradition der „Technischen Intelligenz“: Ingenieure und Akademiker, die mit Geisteswissenschaften wenig am Hut haben, es aber gewöhnt sind, jedes Problem wie einen kaputten Motor zu lösen: „Ich nehme ihn auseinander, repariere die Teile und set-



Professor Jan-Werner Müller von der Princeton-Universität

ze ihn wieder zusammen“, beschreibt Richter diese Denkart. Dass die Gesellschaft aber mehr als ein technisches Aggregat sei, komme in diesem Konzept zu kurz weg. „In Leipzig tickt man da schon anders und der Westen tickt anders als der Osten.“

Politische Bildung nur für politisch Gebildete?

Kassel/Dresden/Magdeburg, 26. April 2016. Angesichts von Politikverdrossen und eines erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland entwickeln immer mehr Landeszentralen für politische Bildung neue Veranstaltungsformate, um schneller auf aktuelle gesellschaftliche Probleme reagieren zu können – und um überhaupt noch ihre eigentlichen Zielgruppen zu erreichen. Die Kernidee: Die politischen Bildungsarbeiter gehen zum Bürger, statt zu warten, dass der Bürger zu ihnen kommt. Auf einer Populismustagung in Kassel haben mehrere Landeszentralen solche „aufsuchenden“ Projekte vorgestellt.

Das wachsende Problem dahinter hatte vor einiger Zeit ein Landeszentralen-Direktor in Baden-Württemberg etwa so umschrieben: Die Landeszentralen erreichen mit ihren Angeboten eigentlich nur noch die Menschen, die ohnehin schon politisch gebildet und interessiert sind. Studenten beispielsweise nutzen seit jeher gern die kostenlose Sachbuch-Ausgabe. Arrivierte

Akademiker besuchen gern die Vorträge und Tagungen der Landeszentralen. Aber was wird aus dem wachsenden Heer der Nichtwähler? Aus denen, die lieber bei Pegida mitspazieren oder der AfD ihre Stimme geben, um zu zeigen: Dieses politische System verstehen wir nicht, wollen wir nicht?!

Landeszentrale Sachsen-Anhalt sieht in Vereinen Schnittstelle zum Nichtwähler

Eine aufwendige Meinungsanalyse unter den Nichtwählern des Landes gab beispielsweise in Sachsen-Anhalt den letzten Ausschlag für die Landeszentrale in Magdeburg, neue, vereins-orientierte Wege der politischen Bildung auszuprobieren: „Gefragt sind Veranstaltungen auf Augenhöhe mit den Menschen, um schnell auch vor Ort auf deren aktuelle Probleme reagieren zu können“, erzählt Landeszentralen-Direktor Maik Reichel über einige Konsequenzen aus der Umfrage. Die Nichtwähler bewege offensichtlich oft das ganz nahe Problem: die neuen Straßenbeiträge zum Beispiel, die er zahlen soll, der kaputte Gehweg vor der Haustür, die fehlende Bus-Verbindung. Daher kooperiere die Landeszentrale nun mit den Institutionen, in denen sich ihre Kernzielgruppe wirklich noch bewegt und ihre Probleme noch offen ausspricht: Örtliche Feuerwehr-, Senioren- oder Kegel-Vereine zum Beispiel werden zu Plattformen, auf denen die Landeszentrale Bürger und Bürgermeister oder Landrat zusammen diskutieren lässt.

Sachsen wollen Streit über Asylheime vor Ort entschärfen

Im benachbarten Sachsen exerziert die Landeszentrale unter Frank Richter mit dem Projekt „Kommune im Dialog“ (KiD) bereits seit einiger Zeit vor, wie „aufsuchende“ politische Sozial- und Bildungsarbeit praktisch funktionieren kann: Wenn sich die Fronten in einem sächsischen Dorf oder einer Kleinstadt etwa im Streit um eine geplante Flüchtlingsunterkunft völlig verhärtet haben und die örtlichen Protagonisten ausdrücklich um Hilfe bitten, schickt Frank Richter seine KiD-Moderatoren los. Die sollen dann so lange zwischen Bürger und Politik vermitteln, bis Kompromisse wieder eine Chance haben.



Maria Springenberg-Eich, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung NRW

NRW setzt auf Quartier-Arbeit

In Nordrhein-Westfalen setzt die Landeszentrale auf ein etwas anderes Konzept, das aber in eine ähnliche Richtung zielt: Direktorin Maria Springenberg-Eich will die politische Bildungsarbeit vor allem in ausgewählte Brennpunkt-Quartiere tragen, wo viele Arbeitslose oder Menschen mit Abstiegsängsten wohnen. Sie sehe da „eindeutige Korrelationen“ mit der Bereitschaft der Bürger, für rechtspopulistische Parteien wie die AfD zu stimmen. „Und dieser Rechtspopulismus ist für uns ein Ausdruck für eine Krise unserer Gesellschaft und unseres politischen Systems“, sagte sie auf der Populismus-Tagung in Kassel. Ähnlich hatte sich auch ihr Kollege Frank Richter aus Sachsen geäußert, der von einer „tiefen Demokratiekrise“ in Ostdeutschland sprach.

Von Aliens, Flüchtlingen und falschen Flaggen

Kassel, 27.04.2016. Das Netz ist voll von Verschwörungserzählungen und sie finden derzeit besonders viel Nahrung. Beispiele, die vor allem in rechtspopulistischen Facebook-Gruppen jetzt (wieder) die Runde machen und besonders dem Konzept der Aktionen „unter falscher Flagge“ frönen:

- Die CIA und nicht Al Kaida hat am 11. September 2001 jene Flugzeuge gesteuert, die das World Trade Center in New York zerstörten. Natürlich um der Bush-Administration einen

Vorwand für den Afghanistan- und den Irak-Krieg zu liefern.

- ISIS ist nur eine Marionette des Weltjudentums und die jüngsten Terroranschläge in Paris und Brüssel gehen auf das Konto des israelischen Mossad. Warum? Um die Europäer auf einen großen Krieg gegen die Araber einzuschwören.
- Die Flüchtlingswelle ist von den US-Zentralbankern und den „Neue Weltordnungs“-Juden organisiert, um die deutsche Kultur und das deutsche Volk vollends zu vernichten.

Die Reihe ließe sich endlos fortsetzen mit der vermeintlichen „Chemtrail“-Verschwörung, der „Impf-Lüge“, der „BRD GmbH“ oder den Aliens natürlich, die längst im Hintergrund über die UNO die Strippen der Weltregierung ziehen.

„Soziales Unbehagen“ und Umbrüche bereiten fruchtbaren Boden

Dass gegenwärtig solche Verschwörungs-Ideologien auf besonders fruchtbaren Boden fallen, ist für den Experten Jan Rathje von der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung kein Zufall: Mache sich in der Bevölkerung „großes soziales Unbehagen“ über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Missstände und Ungerechtigkeiten breit, blühen die Verschwörungserzählungen, -theorien und -ideologien besonders bizarr und üppig, schätzte er auf einer Populismus-Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Kassel ein. Und dies gelte ganz besonders in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche.

Populismus und Verschwörungsideologien oft eng verknüpft

Zuvor hatte bereits Professor Jan-Werner Müller von der Princeton-Universität auf dieser Tagung eine starke Affinität populistischer Bewegungen zu Verschwörungstheorien postuliert. Tenor: Populisten geben oft vor, die Meinung einer „schweigenden Mehrheit“ des Volkes auszusprechen. Um zu erklären, warum diese Mehrheit über Jahre hinweg kein Gehör finde, bemühen sie oft Mutmaßungen über geheime Manipulatoren und Weltverschwörungen.

Andererseits finden solche Weltdeutungs-Muster gerade bei Menschen großen Anklang, die sich in sogenannten „Echo-Räumen“ im Internet bewegen. Das heißt, diese Netznutzer schirmen sich gegen andere Meinungen ab und ziehen ihre Informationen vorzugsweise aus Facebook-Gruppen und Spezial-Foren, in denen ohnehin alle derselben Meinung sind – in denen ihnen also ihre eigene Ansicht wie ein bestätigendes Echo zurückschallt. Dies geht einher mit einer wachsenden Aufteilung der Gesellschaft in sich selbstbestätigende Meinungsgruppen, die kaum noch den Dialog oder die konstruktive Auseinandersetzung mit Andersdenkenden suchen.

Alte und neue Feindbilder: Finanzjuden, Nazis, Lügenpresse

Hier fungieren Verschwörungs-Ideologien nicht selten als Bindeglied: beispielsweise, um Feind und Freund zu „erkennen“. Besonders beliebte Feindbilder in Verschwörungsideologien: „die“ Juden, Nazis, Kommunisten, Faschisten, Banker, Kapitalisten, Heuschrecken, „die Politikerkaste“ oder „die Lügenpresse“. Und solche Verschwörungs-Topoi sind auch geeignet zu erklären, warum Meinungsumfragen zu ganz anderen Ergebnissen kommen als die eigene Vorstellung, was die (vermeintlich schweigende) Mehrheit des Volkes denkt: Wenn eine geheime übermächtige und weltweite Verschwörung im Gange ist, die alle Menschen knechtet und manipuliert, ist es kein Wunder, dass Meinungsumfragen gefälscht werden, dass ich selbst gescheitert bin, dass unsere Gruppe als extremistisch gebrandmarkt wird.

Jeder Fünfte glaubt an Verschwörungen

Eine Studie von Roland Imhoff und Martin Bruder hatte übrigens gezeigt, dass fast jeder fünfte Deutsche Verschwörungstheorien und -Erzählungen mindestens zuneigt. So stimmten in ihrer Umfrage etwa 17 % der Ansicht zu, dass „die meisten Menschen nicht erkennen, wie stark unser Leben durch Verschwörungen beeinflusst wird.“ 19,4 % bejahten die Vorgabe „Politiker sind Marionetten geheimer Mächte.“ Und 20,9 % schlossen sich der Meinung an, „es gibt geheime Gruppen, die die Politik stark beeinflussen.“



400 Anmeldungen gab es zur Tagung „Wut, Protest und Volkes Wille?“ in Kassel

Pegida-Anhänger extrem misstrauisch gegen Parteien und Medien

Kassel/Dresden, 27. April 2016. Pegida-Anhänger sind größtenteils „keine Verlierer der Modernisierung“ und viele von ihnen haben nur wenige konkrete Sorgen für ihr eigenes weiteres Leben. Was sie umtreibt, sind eher auf künftige Generationen projizierte Ängste vor einer „Überfremdung“, sozialem Anstieg oder „Islamisierung“. Das hat eine nicht-repräsentative Online-Befragung der Goethe-Universität Frankfurt am Main ergeben, die Dr. Priska Daphi nun auf einer Populismus-Konferenz in Kassel vorgestellt hat. Sie und ihre Kollegen hatten dafür rund 200 Anhänger der rechtspopulistischen Pegida-Bewegung in Dresden befragt.

Die Umfrage ist durch die recht geringe Teilnahmequote nicht repräsentativ. Viele ihrer Kernbefunde decken sich aber mit früheren Untersuchungen der Politologen Prof. Werner Patzelt und Prof. Hans Vorländer von der TU Dresden. Neu ist insbesondere der Vergleich, den Priska Daphi mit ähnlichen Umfragen unter den Anhängern anderer Protestbewegungen angestellt hat. Dabei fällt beispielsweise auf, dass der Akademiker-Anteil (inklusive Fachhochschul-Abschluss) unter den Pegidisten mit rund 35 Prozent über dem allgemeinen Bevölkerungs-Durchschnitt liegt.

Was Pegida-Anhänger deutliche von anderen Protestbewegungen abgrenzt, ist ihr starkes Misstrauen gegen die klassischen politischen Institutionen der bundesrepublikanischen Demokratie: Nahezu alle von ihnen misstrauen den Parteien, deutlich über 95 Prozent auch dem Bundestag, der Bundesregierung, dem Fernsehen, den Zeitungen und der EU. Im bundesdeutschen Durchschnitt und zum Beispiel bei Anti-TTIP-Demonstranten liegen diese Misstrauenswerte deutlich darunter, teils nur halb so hoch. All diese Vergleiche sind natürlich mit Vorsicht zu genießen, da die Online-Umfrage nur rund 200 Teilnehmer hatte und die anderen Umfragen nicht nach identischem Muster abliefen.

„Was die Pegida-Anhänger eint, ist ihre Abgrenzung zu Fremden und Eliten“, fasst Dr. Priska Daphi ihre Befunde zusammen. „Sie sind im Grundsatz für die Demokratie, aber messen der Meinungspluralität nur wenig Bedeutung bei.“

Komplexe Herausforderungen

Erfahrungen im Projekt Kommune im Dialog (K!D)



Wie schon im Vorjahr war K!D 2016 im gesamten Freistaat aktiv. Das Angebot wurde sachsenweit in 24 Orten nachgefragt. Fast ausschließlich ging es bei den Moderationen um die Einrichtung und/oder den Betrieb von Asylbewerberheimen. Co-Projektleiter Lutz Tittman berichtet.

Im Jahr 2015 war durch die große Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die unser Land erreichten, deren Unterbringung in den Kommunen das zentrale Thema der zahlreichen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts Kommune im Dialog moderierten Veranstaltungen in sächsischen Kommunen. Das Projekt erreichte zum Jahreswechsel 2015/16 quantitativ seine Grenze.

Gesprächsbedarf allerorten

Mit dem Rückgang der Zahl der Neuankommenden im Jahr 2016 ging auch die Nachfrage nach diesem Format entsprechend zurück und es standen nun zunehmend Beratungen von Kommunen zur Vorbereitung, Gestaltung und Steuerung von kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozessen im Mittelpunkt. Gesprächsbedarf besteht nach wie vor allerorten zu Fragen der Organisation des Zusammenlebens und der Integration der anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch, um für die Meinungsbildung zu ganz alltäglichen kommunalen Aufgaben gerüstet zu sein.

Zusammenarbeit mit dem Landestourismusverband

Erfreulich ist die Tatsache, dass neben Kommunen und Landkreisen auch Bürgerinitiativen und Vereine oder Verbände, die sich um das Zusammenleben in ihren Gemeinden und um den Zusammenhalt der Bürgerschaft und die Außendarstellung der Region mühen, die Angebote des K!D-Projektes nachgefragt haben. „Mit kritischen Gästestimmen professionell umgehen“ war beispielsweise der Titel einer Reihe von neun Workshops in acht sächsischen Tourismusregionen, die die Landeszentrale gemeinsam mit dem Landestourismusverband auf dessen Anregung organisiert hat. Informationen,



Schlaglichter aus der Kommunikationstheorie, Argumente für schwierige Gesprächssituationen und praktische Tipps zur Gesprächsführung fanden jeweils sehr interessierte Zuhörer. Und eine Bautzner Bürgerinitiative hat mit Unterstützung der Landeszentrale bereits eine ganze Gesprächsreihe in ihrer Stadt etabliert.

Evaluation und Weiterentwicklung

Die insgesamt etwas entspannte Nachfragesituation erlaubt es dem K!D-Team in diesem Jahr überdies, bisher Geleistetes kritisch zu reflektieren und über eine neue Struktur und Spezialisierungen im Projekt nachzudenken. Anfang 2017 wird dazu mit bisherigen Partnern ein Workshop stattfinden, in dessen Ergebnis neue Formate angeboten werden sollen.

Das Projekt „Kommune im Dialog“ erwies sich in den vergangenen Jahren als wirksam und wird im Sinne wirksamer politischer Bildungsarbeit auch in Zukunft als Unterstützungsangebot unabdingbar sein, wenn es darum geht, gemeinsam Lösungen zu komplexen kommunalpolitischen Herausforderungen zu entwickeln sowie das Gespräch zwischen den Akteuren vor Ort zu fördern.

Nach vier Jahren mit rund 160 Veranstaltungen, 16 Moderatoren und 20.000 Teilnehmer war es Zeit für einen Rückblick und die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung im Sinne wirksamer politischer Bildungsarbeit. Anfang November 2016 traf sich das K!D-Team in Chemnitz zu einer Klausur. Co-Projektleiterin Heike Nothnagel über die Ergebnisse:

Wer ist „K!D“? Das Team setzt sich zusammen aus Mitarbeitern der SLpB und freien Mitarbeitern – Historikern, professionellen Moderatoren, Studenten aus dem Bereich Politikwissenschaft, Medienexperten und Bildungsexperten. Diese Verschiedenheit begreifen wir als große Chance. Der Austausch und die Zusammenarbeit vor Ort erwiesen sich bislang als zielführend und ergänzend.

Was sind die Ziele und Angebote von „K!D“? Politisches, gesellschaftliches Handeln in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen ist komplex. Komplexität braucht Kommunikation - Demokratie muss erfahrbar sein, vor Ort. Das Projekt „Kommune im Dialog“ erwies sich in den vergangenen vier Jahren als wirksam und wird im Sinne wirksamer politischer Bildungsarbeit auch in Zukunft als Unterstützungs-

angebot unabdingbar sein, wenn es darum geht, gemeinsam Lösungen zu komplexen kommunalpolitischen Herausforderungen zu entwickeln sowie das Gespräch zwischen den Akteuren vor Ort zu fördern. Neben unserem Kerngeschäft, der moderativen Unterstützung von Bürgerversammlungen und Diskussionsrunden zur Weiterentwicklung der kommunalen Debattenkultur, wollen wir zukünftig bedarfsorientierte Angebote generieren. Das können themenspezifische Formate oder Angebote zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen sein. Hier planen wir für Anfang 2017 eine entsprechende Bedarfsanalyse mit kommunalen Akteuren, die bereits mit uns gearbeitet haben.

Wer kann dieses Angebot nutzen? Unsere Angebote richten sich weiterhin an Bürger, Politiker, Vereine und Verwaltungen in sächsischen Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum.

Wie arbeitet „K!D“? Wir arbeiten auf Anfrage. Die Arbeitsweise ist geprägt durch Vertraulichkeit, Überparteilichkeit und Mehrperspektivität. Wir agieren kooperativ und lösungsorientiert, ohne fertige Lösungen vorzugeben. Wir sind transparent und schätzen die offene Kommunikation. Wichtig bei allen Angeboten ist uns das Agieren vor Ort.

Schlagzeile Seite 1?

Wie die Zeitung von morgen entsteht.
Presseseminar bei der Freien Presse

Lügenpresse. Verzerrte Bilder. Schwerwiegende Vorwürfe gegen Medien. Wie dem begegnen? Gemeinsam mit der „Freien Presse“ hat die Landeszentrale einen Projekttag in den Redaktionsräumen der Chemnitzer Zeitung veranstaltet. Leser konnten verfolgen, wie die Zeitung von morgen entsteht. Der Bericht von Eva Prase erschien am 4. November 2016 in der „Freien Presse“:

Chemnitz. Schlagzeile Seite 1? Razzia gegen Ost-Mafia in drei Bundesländern, darunter in Sachsen. Oder: Deutsche Sparer sollen nicht für ausländische Banken haften. Bad news gegen good news, Kriminalitäts- gegen Wirtschaftsthema, unmittelbare Nähe der Razzia, Mehrwert für den Leser beim Geldthema. In der ersten Konferenz des Tages, die die Leser erleben, wird endgültig noch gar nichts entschieden. Ein Reporter aus Chemnitz widmet sich der organisierten Kriminalität, der Brüsseler Korrespondent dem Sparthema. Ein Dritter kümmert sich ums neue Gentechnikgesetz. Eine Otto-Dix-Briefmarke könnte das Titelbild geben. Die Zeitung des nächsten Tages nimmt erste, grobe Konturen an. Aber der Tag ist noch lang.

Zehn Leser verfolgen die Konferenz. Sie waren zu einem Projekttag am Mittwoch ins Haus der „Freien Presse“ in Chemnitz gekommen, wollten sich „selbst einen Eindruck machen, wie Zeitung funktioniert“. Das sagte jedenfalls die Jüngste von ihnen, Studentin Tina Krüger aus Zwickau. Sie hat selbst, als Schülerin schon, eine kleine Zeitung ins Leben gerufen und will nun wissen, wie Zeitungsmachen im Großen funktioniert. Karl-Heinz Mantau aus Freiberg will diskutieren, „warum die Wahrnehmung in der Bevölkerung mitunter anders ist als das, was man in der Zeitung liest. Wie viel subjektive Meinung fließt mit ein in eine Schlagzeile oder einen Text?“ Ralf Petermann aus Aue will verstehen, wie tendenzielle Berichterstattung entsteht. Auch der ehemalige Regierungspräsident von Chemnitz, Karl Noltze, ist geladen. Der Mann, im Umgang mit Presse geübt, stellte

Freitag, 4. November 2016

ZEITGESCHEHEN

Freie

Wahrhaftigkeit unter Druck

Lügenpresse. Verzerrte Bilder. Schwerwiegende Vorwürfe gegen Medien. Wie dem begegnen? „Freie Presse“ hat es versucht.

VON EVA PRASE

CHEMNITZ – Schlagzeile Seite 1? Razzia gegen Ost-Mafia in drei Bundesländern, darunter in Sachsen. Oder: Deutsche Sparer sollen nicht für ausländische Banken haften. Bad news gegen good news, Kriminalitäts- gegen Wirtschaftsthema, unmittelbare Nähe der Razzia, Mehrwert für den Leser beim Geldthema. In der ersten Konferenz des Tages, die die Leser erleben, wird endgültig noch gar nichts entschieden. Ein Reporter aus Chemnitz widmet sich der organisierten Kriminalität, der Brüsseler Korrespondent dem Sparthema. Ein Dritter kümmert sich ums neue Gentechnikgesetz. Eine Otto-Dix-Briefmarke könnte das Titelbild geben. Die Zeitung des nächsten Tages nimmt erste, grobe Konturen an. Aber der Tag ist noch lang.

Zehn Leser verfolgen die Konferenz. Sie waren zu einem Projekttag



Redakteure der „Freien Presse“ stellten sich einen ganzen Tag lang den kritischen Fragen der Leser.

ge Regierungspräsident von Chemnitz, Karl Noltze, ist geladen. Der Mann, im Umgang mit Presse geübt, stellte gleich am Anfang klar, dass er wenigstens das von ihm im Text Zitierte vorher lesen darf. Zudem war Edgar Narath da. Der frühere Rechtsanwalt ist heute im Ruhestand und

Es ist, am Ende, ein Ringen um Wahrhaftigkeit. Das fängt schon bei der Auswahl der Nachrichten an, geht über ihre Platzierung und bis zur Meinung, die in einem Kommentar dazu veröffentlicht wird.

Dabei hat, so stellte Klodtisch heraus, die Redaktion nicht die eine

genpresse“, das Anlass war, warum die Zeitung Leser einlädt. „Eine Lüge ist eine unwahre Behauptung von Tatsachen“, definierte Karl Noltze aus dem Stegreif. Doch auf die Medien angewandt wäre das seiner Meinung nach zu einfach. Schon das Weglassen einer Information könnte

kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen keinen Vorschub zu leisten. In den letzten Monaten hätten die Beschwendenden in diesem Punkt abgenommen, so Klodtisch.

Die „Freie Presse“ habe einen Wandel vollzogen, der zu begrüßen sei, bestätigte Tobias André, heute

erschaft gegeben.“ Schines Litzsch. Der Student ist früh, dass die Zeitung vor jenen eingeknickt: Kurs von Angela Merkel len wollen“. Er spricht ausgewogenen Inhalte man. früher Leiter des

gleich am Anfang klar, dass er wenigstens das von ihm im Text Zitierte vorher lesen darf. Zudem war Edgar Narath da. Der frühere Rechtsanwalt ist heute im Ruhestand und Chef des Heimatvereines Bockau, über dessen Arbeit, wie Narath sagt, zu wenig berichtet wird. „Gerade von meiner Heimatzeitung erwarte ich, dass sie den Schwerpunkt auf Lokales legt.“

Bunt gemischt also das Teilnehmerfeld. Unterschiedlich die Erwartungen an die Gespräche mit den Redakteuren. Im Zentrum die Frage, wie wahrhaftig Medien allgemein und die „Freie Presse“ speziell die komplexe Welt darstellen. „Wir können Ihnen nicht versprechen, täglich eine fehlerfreie Zeitung anzubieten“, warb Chefredakteur Torsten Kleditzsch um Verständnis. „Aber wir versprechen Ihnen, dass wir alles uns Mögliche tun, damit Sie eine fehlerfreie Zeitung erhalten.“

Es ist, am Ende, ein Ringen um Wahrhaftigkeit. Das fängt schon bei der Auswahl der Nachrichten an, geht über ihre Platzierung und bis zur Meinung, die in einem Kommentar dazu veröffentlicht wird. Dabei hat, so stellte Kleditzsch heraus, die Redaktion nicht die eine Meinung, schon gar nicht eine vorgegebene. Unter den rund 150 Redakteuren gebe es durchaus unterschiedliche Ansichten und deshalb auch Kontroversen. Mitunter würden die in Artikeln, die zum Beispiel als „Pro und Contra“ gekennzeichnet sind, zum Ausdruck kommen. In erster Linie gehe es aber darum, sachlich zu informieren und dadurch dazu beizutragen, dass die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung weiterhin im Gespräch bleiben oder wieder dazu finden. „Wer, wenn nicht wir, die regionale Heimatzeitung, sollte dazu in der Lage sein“, sagte Kleditzsch.

Doch die Gäste hakten während des Tages an verschiedenen Stellen nach. Auch fiel das Stichwort „Lügenpresse“, das Anlass war, warum die Zeitung Leser einlädt. „Eine Lüge ist eine unwahre Behauptung von Tatsachen“, definierte

Karl Noltze aus dem Stegreif. Doch auf die Medien angewandt wäre das seiner Meinung nach zu einfach. Schon das Weglassen einer Information könne die Nachricht als solche völlig entwerten, wie das etwa 2014 bei der Entführung von 200 Mädchen aus einer Schule in Nigeria der Fall gewesen sein soll. Noltze: „Es war eine christliche Schule und die Entführung fand durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram statt. Da erhält die Nachricht eine ganz andere Qualität“, sagt er. Die

es ist gelungen, die Leser mitzunehmen“, meint Andrä. Karl-Heinz Mantau, der in Holzgau selbst Bürgerdialoge organisiert, formuliert es ähnlich. Er sei mit Skepsis zum Redaktionsbesuch erschienen, habe sich aber überzeugen können, dass die Zeitung ihren Lesern „auf Augenhöhe begegnet. Bei den Redakteuren ist ein Grundvertrauen in die Mündigkeit der Leserschaft gegeben.“ Schließlich Hannes



Stimmen der Seminarteilnehmer in der Freien Presse vom 4. November 2016

Leser fragten zudem, warum bei Kriminalfällen oft die Nationalität der Täter weggelassen wird. Jana Klameth, stellvertretende Chefredakteurin, erklärte, welche Regeln sich die Redaktion selbst gegeben habe. Eine Checkliste, die gewährleisten soll, dass keine wichtigen Informationen unter den Tisch fallen, trotzdem man darauf achtet, der Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen keinen Vorschub zu leisten. In den letzten Monaten hätten die Beschwerden in diesem Punkt abgenommen, so Klameth.

Die „Freie Presse“ habe einen Wandel vollzogen, der zu begrüßen sei, bestätigte Tobias Andrä, parteiloser Stadtrat aus Aue. Das Blatt sei kompetent und meinungsstark. Es habe, gerade beim Thema Asylpolitik, einen „guten Mittelweg“ gefunden. „Die Zeitung hängt nicht bedingungslos einer Willkommenskultur an. Sie propagiert aber auch nicht, die Schotten dichtzumachen. Es wurde auf kritische Stimmen gehört, und

Lötzsch: Der Student aus Elterlein ist froh, dass die Zeitung nicht vor jenen eingeknickt sei, „die den Kurs von Angela Merkel infrage stellen wollen“. Er spricht von „guten, ausgewogenen Inhalten“. Ralf Petermann, früherer Leiter des Auer Stadtmuseums, betonte, dass der Erhalt der Vielfalt, die zu Wort kommt, gut sei. „Und es ist wichtig, dass wir uns alle die Fähigkeit erhalten, die eigene Position infrage zu stellen.“

Am Ende des Tages hatte sich die Redaktion für den Titelaufmacher entschieden, der die organisierte Kriminalität zum Inhalt hatte. Die Spareinlagen der Deutschen landeten auf der Wirtschafts- und das Gentechnikgesetz auf der Kommentarseite. Geschäftsführer Ulrich Lingnau verabschiedete die Gäste. „Wir wollen als Medienhaus erlebbar, transparent sein. Wir wollen für unsere Leserinnen und Leser eine Diskussionsplattform sein. Wir brauchen die Auseinandersetzung um Meinungen.“

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

Politische Bildung digital

Aktuelles Thema
Rechtsradikalismus und
Rechtsextremismus in
Sachsen

08.09.2016 bis 02.09.2016



RECHTSRADIKALISMUS HAT IN
SACHSEN EINE LANGE TRADITION.



DIE MEINUNGSFREIHEIT LÄSST AUCH
RECHTSRADIKALE EINSTELLUNGEN
ZU.



RECHTSPOPULISTEN MACHEN DEN
RECHTSEXTREMISMUS SALONFÄHIG



IN SACHSEN WIRD
RECHTSEXTREMISMUS OFT
VERHARMLOST.

Das Angebot wird vielfältiger

Die Homepage der Landeszentrale für politische Bildung www.slpb.de hatte im Jahr 2016 53.298 Besuche zu verzeichnen. Die Anzahl der Besuche hat damit in etwa wieder das Niveau von 2014 erreicht und war gegenüber 2015 (77.937 Besuche) deutlich rückläufig. Dies kann zum einen dadurch begründet sein, dass 2015 in vielerlei Hinsicht ein „Ausnahmejahr“ war, was die Nachfrage nach Angeboten der politischen Bildung angeht.

Auf der anderen Seite hat sich das Angebot der SLpB auch im Online-Bereich diversifiziert: Die Dialogplattform www.lasst-uns-streiten.de und der YouTube-Kanal #wtf?! wissen, thesen, fakten sind hinzugekommen, die Aktivitäten im Bereich Social Media haben zugenommen. Die Verweildauer der Nutzer auf der Homepage ebenso wie die Anzahl der getätigten Aktionen entsprach 2016 weitgehend denen des Vorjahres. Um die Homepage wieder attraktiver zu machen und den sich wandelnden Anforderungen der Nutzer anzupassen, ist für 2017 eine Neugestaltung der Seite geplant.

Facebook – Ein stetiger aber gedämpfter Anstieg der Nutzerzahlen

Die Social Media Aktivitäten und die Kommunikation der Sächsischen Landeszentrale für politischen Bildung sind im Jahr 2016 weiter gestiegen und konnten ausgebaut werden. 532 neue Nutzerinnen und Nutzer gaben der Facebook-Seite der SLpB im Jahr 2016 ein Like (2015: +1281). Damit verfolgen 3383 Nutzerinnen und Nutzer die Beiträge der Landeszentrale. Nach dem rapiden Anstieg der Nutzer und Beitragszahlen im Jahr 2015, bedeuten die Zahlen für das vergangene Jahr einen stetigen, aber gedämpften Anstieg der Nutzeraktivität und Nutzerzahlen.

Im Vergleich zu den übrigen Landeszentralen liegt die Sächsische Landeszentrale nach der Baden-Württembergischen Landeszentrale bei der Anzahl der Seiten-Likes auf Platz 2. Führend ist mit weitem Abstand die Seite der Bundeszentrale mit knapp 10.000 Likes, gefolgt von den Landeszentralen Baden-Württemberg (ca. 3.500 Likes), Sachsen (ca. 3.400 Likes) und

Nordrhein-Westfalen (ca. 3.000 Likes). In Summe wurden im Jahr 2016 auf der Facebookseite der Landeszentrale 227 Beiträge zu Veranstaltungen, Informationen oder Ankündigungen geteilt und im Durchschnitt 12mal pro Beitrag kommentiert. Die reichweitenstärksten Posts waren Werbung für wtf am 14.11.2016 mit 30.808 Kontakten, ein Bericht zur Vorstellung des Sachenmonitors am 22.11.2016 mit 12.781 Kontakten und die Ankündigung des Donnerstagsgesprächs mit Bartosz Wielinski am 1.3.2016 mit 11.882 Kontakten.

Twitter – 2016 war das bisher stärkste Twitter-Jahr

Im zweiten Sozialen Netzwerk Twitter ist die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung seit Januar 2010 aktiv. Und auch hier steht die SLpB an zweiter Stelle hinter der Landeszentrale Nordrhein-Westfalen. Führend ist die Bundeszentrale mit 21.400 Follower und 4.668 Tweets, gefolgt von der Landeszentrale NRW (2.247 Follower, 5014 Tweets) und der SLpB (864 Follower, 1038 Tweets). In diesem Jahr hat die Sächsische Landeszentrale Twitter als Kommunikationsmedium verstärkt genutzt. Die Anzahl, die dem Account der Landeszentrale folgt, vergrößerte sich im Jahr 2016 um 183 Nutzerinnen und Nutzer. Mit 332 Tweets und 443 Erwähnungen, war das Jahr 2016 das kommunikationsstärkste Twitter-Jahr.

Ebooks – Downloads steigen

Im Jahr 2016 vergrößerte sich die Anzahl der auf den Seiten der SLpB kostenlos verfügbaren elektronischen Publikationen auf 14. Die Publikationen stehen als EPub- oder als PDF-Datei, in vielen Fällen auch in beiden Varianten, zum kostenlosen Download bereit. Inzwischen ist dieses Angebot auch bekannter geworden. Waren 2015 438 eindeutige Downloads zu verzeichnen, so steigerte sich diese Zahl im Jahr 2016 auf 1.763. Die am häufigsten nachgefragten Ebooks im Jahr 2016 waren: Aus Politik und Zeitgeschichte, Informationsheft zu Hitlers „Mein Kampf“, Verena Klemm/Marie Hakenberg (Hrsg.): Muslime in Sachsen und Janne Teller: Krieg.

www.lasst-uns-streiten.de

Der moderierte Online-Dialog der Landeszentrale

Mit der Online-Dialogplattform www.lasst-uns-streiten.de bietet die Landeszentrale ein neues Forum für den politischen Meinungsaustausch. Ziel der Plattform ist es, die Dialogkultur in Sachsen zu stärken und einen Meinungsaustausch über kontroverse Themen anzuregen.

Nach einer längeren Konzeptionierungsphase war es im April 2016 endlich soweit: Der erste Online-Dialog der Landeszentrale für politische Bildung ging an den Start. Zur Diskussion gestellt wurde eines der im Jahr 2016 wohl umstrittensten Themen: „Gesellschaftskrise Flucht“. Die Besucherinnen und Besucher diskutierten kontrovers über Thesen wie „Flüchtlinge sind eine Bereicherung für Sachsen“ oder „So viele Flüchtlinge lassen sich nicht integrieren“. Die Diskussion gab eine überwiegend skeptische bis ablehnende Haltung den Flüchtlingen gegenüber wieder, ein ausführlicher Auswertungsbericht gibt einen genaueren Einblick in die Argumentationsmuster und die thematischen Schwerpunkte. Im Gegensatz zu zahlreichen Offline-Veranstaltungen zu diesem Themenkreis ist es durch die Moderation der Diskussion gelungen, die Auseinandersetzung im Wesentlichen auf sachliche Argumente zu beschränken. Durch die Funktionalität der Plattform ist jeder Nutzer, der sich zu einer These positioniert, gezwungen, sich wenigstens einmal mit den Argumenten eines Andersdenkenden zu befassen.

Der zweite Online-Dialog, der im August stattfand, beschäftigte sich mit dem Thema „Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in Sachsen“. Hier ging es unter anderem um die Frage, ob es eine rechtsradikale Tradition in Sachsen gebe, viel diskutiert in diesem Zusammenhang wurde die Rolle der DDR. Auch der Konflikt zwischen radikalen Einstellungen und der Meinungsfreiheit war ein wichtiges Thema. Vor dem Hintergrund aktueller Wahlergebnisse waren auch die Zusammenhänge zwischen Populismus und Rechtsradikalismus interessant. Auffällig beim zweiten Dialog war, dass die Diskussion trotz des sehr kontroversen Themas überwiegend sachlich verlief.

Der dritte Online-Dialog des Jahres 2016 beschäftigte sich



www.lasst-uns-streiten.de

Erfahrungen mit dem Online-Dialog „Lasst uns streiten!“ Der erste Dialog stand unter dem Titel „Gesellschaftskrise: Flucht“ und lief vom 6. April bis zum 20. Mai 2016. Ein Erfahrungsbericht.

Vier Thesen standen zur Debatte: „Flüchtlinge sind eine Bereicherung für Sachsen“, „So viele Flüchtlinge lassen sich nicht integrieren“, „Aktuell zeigt sich: Deutschland ist eine Schönwetterdemokratie“ und „Dank der Flüchtlinge politisieren sich die Sachsen“.

Die Nutzer konnten sich zu diesen Thesen positionieren und ihre Position begründen. Anschließend wurden sie mit konträren Meinungen anderer Nutzer konfrontiert und aufgefordert, diese zu kommentieren. Ein Team von Moderatoren der SLpB betreute den Online-Dialog, um die Einhaltung der Dialogregeln sicherzustellen. Die Beteiligung am ersten Online-Dialog der SLpB war mit circa 2.300 Beiträgen und Kommentaren und mehr als 18.000 Seitenaufrufen sehr rege. Dies lag sicherlich an der aktuellen Thematik und der Berichterstattung in Presse und sozialen Medien.

Besonders lebhaft wurden die Thesen „Flüchtlinge sind eine Bereicherung für Sachsen“ diskutiert und mehrheitlich verneint. Ähnlich intensiv wurde „So viele Flüchtlinge lassen sich nicht integrieren“ diskutiert. Mit insgesamt weniger Beiträgen, aber nicht minder kontrovers wurden die Thesen „Deutschland ist eine Schönwetterdemokratie“ und „Dank der Flüchtlinge politisieren sich die Sachsen“ diskutiert. Die letztgenannten drei Thesen erhielten mehr Zustimmung als Ablehnung.

Der kulturelle Hintergrund geflüchteter Menschen sowie die lokale und nationale Kultur in Sachsen und Deutschland nahmen in der Diskussion breiten Raum ein. Die

Standpunkte dazu waren sehr kontrovers und umfassten Aussagen, in denen hierarchische und qualitative Unterschiede zwischen Kulturen unterstellt und Überfremdungsängste geäußert wurden. Andere Beiträge beschrieben kulturelle Vielfalt als Bereicherung. Ein weiterer dominanter Aspekt war die Integration von Flüchtlingen. Diese Debatte war von verschiedenen Integrationsverständnissen, den Herausforderungen eines erfolgreichen Integrationsprozesses sowie humanitären und ethischen Werten geprägt. Dabei spielte das Themengebiet Diskriminierung und Rassismus in der deutschen Gesellschaft eine wichtige Rolle.

18.820 Seitenaufrufe beim ersten Online-Dialog.

In der Diskussion um Arbeitsplätze stand die Meinung, dass es nicht genügend Arbeitsplätze in Sachsen gebe, der Ansicht gegenüber, dass Sachsen auf neue Arbeitskräfte angewiesen sei. Auch die Bildung, berufliche Qualifizierung und der Arbeitswille geflüchteter Menschen waren Diskussionsgegenstand. Die Frage nach den Kosten der Aufnahme geflüchteter Menschen, wurde sehr gegensätzlich diskutiert und bewertet. Zum einen wurden die wirtschaftlichen Chancen betont, zum anderen die finanziellen Ausgaben hervorgehoben.

Deutliche Kritik wurde am Agieren von Politikern geäußert. Vor allem wurde beklagt, Politiker hätten die Beziehung zu den Wählern verloren. Zusätzlich wurden konkrete Entscheidungen, zum Beispiel in Bezug auf die „Flüchtlingsfrage“ kritisiert. Hierbei spielten Fragen nach den rechtlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Asylpolitik eine große Rolle. Ein weiterer Diskussionsstrang drehte sich um die Debatten- und Streitkultur, die in Sachsen momentan herrscht, und die Frage, ob diese

gut oder schlecht für die Demokratie und die politische Lage sei. Während einige Teilnehmende es als positiv beschrieben, dass so viele kontroverse Meinungen sich Gehör verschafften, kritisierten andere die Polemisierung in den Debatten.

11,2% aller Beiträge und Kommentare mussten wegen Verstoß gegen die Dialogregeln gesperrt werden

Kontroversität und Streitkultur war auch Thema unter den Teilnehmern: An manchen Stellen wurde fehlende Sachlichkeit in den Beiträgen bemängelt. Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil insgesamt 257 Beiträge und Kommentare von der Moderation wegen Regelverstößen gesperrt werden mussten, um eine sachliche und konstruktive Diskussion zu gewährleisten.

Dennoch war das Echo auf diese erste Dialogphase sowohl unter den Teilnehmenden als auch in den Medien vor allem positiv: Die Plattform wurde als bereicherndes Format gesehen, das verschiedene Konfliktlinien aufzeige und einen Einblick in das gesellschaftliche Meinungsspektrum gebe. Durch den moderierten Dialog könnten sachlichere und produktivere Dialogräume geschaffen werden als dies in anderen digitalen Formaten möglich sei.

passend zu den bundesweiten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit, die 2016 in Dresden stattfanden, mit der Frage: „Wie steht es um die Deutsche Einheit?“ Dieses Thema wurde auch im Rahmen einer Offline-Veranstaltung auf dem Theaterplatz in Dresden mit Experten diskutiert, die Ergebnisse fanden Eingang in den Online-Dialog. Diskutiert wurden die Vor- und Nachteile der Deutschen Einheit, das Verhältnis zwischen Ost und West und auch der Umgang mit dem Thema Wiedervereinigung im Dialog der Generationen. Zu allen Online-Dialogen liegen ausführliche Auswertungsberichte vor. Im Jahr 2017 wird die Plattform erweitert und nutzerfreundlicher gestaltet.

Rattenfänger im Netz

Agitation erkennen. Präventiv handeln

Auch im Jahr 2016 hat die Landeszentrale wieder eine Reihe von Veranstaltungen zu netzpolitischen Themen angeboten. Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker zu einem Tummelplatz für die unterschiedlichsten Extremisten entwickelt – eine Entwicklung, der viele Nutzer ratlos gegenüberstehen. Speziell die sozialen Medien werden von Gruppierungen jeglicher Couleur als Plattform der Selbstdarstellung und zur Rekrutierung neuer Mitglieder genutzt. Wir haben uns diese „Rattenfänger im Netz“ bei einer eintägigen Seminarveranstaltung gemeinsam mit Lehrern und anderen politischen Bildnern einmal näher angeschaut. Folgende Fragen standen im Mittelpunkt: Welche extremistischen Gruppierungen bewegen sich im Netz? Welche Strategien und Kanäle werden von den Extremisten genutzt? Welche Möglichkeiten der Prävention und Sensibilisierung gegen extremistische Umtriebe im Netz gibt es? Erörtert wurden diese Fragen mit Experten vom Landesamt für Verfassungsschutz und von Jugendschutz.net. Vor dem Hintergrund von Fake-News, Shitstorm und manipulierten Wahlkämpfen wird die Vermittlung eines reflektierten und kritischen Umgangs mit dem Internet auch in Zukunft einen der Schwerpunkte der Arbeit der Landeszentrale bilden.

Politische Orte in Sachsen

2016 suchte die Sächsische Landeszentrale Politische Orte im Landkreis Mittelsachsen. Orte, an denen politisch relevante Ereignisse stattgefunden haben oder von denen politische Entwicklungen ausgingen. Die Jury tagte im Landratsamt des Landkreises Mittelsachsen und wählte zwei Preisträger aus den eingegangenen Wettbewerbsbeiträgen aus. Sieger sind das Jugendparlament der Großen Kreisstadt Brand-Erbisdorf, das seinen Sitz im Kinder- und Jungedfreizeitzentrum „JUFZ“ hat, und das ost-west-forum mit Sitz auf Gut Gödelitz. Wir stellen die beiden Preisträger vor.

ost-west-forum Gut Gödelitz e.V.

Zusammenwachsen. Weiterdenken. Das sind die Intentionen, mit denen das ost-west-forum Gut Gödelitz e.V. 1998 als überparteilicher Verein gegründet wurde. Sein Ziel ist es, zur Verständigung zwischen den Teilen des wiedervereinigten Deutschlands und zwischen europäischen Sichtweisen beizutragen und die Grundsätze des sozialen und demokratischen Rechtsstaates in Zeiten der Globalisierung zu bewahren. All das mit Blick auf aktuelle und historische Hintergründe, wirtschaftliche Tendenzen, politische und kulturelle Entwicklungen und persönliche Biografien, die unser Zusammenleben beeinflussen. Vorträge, Seminare und andere Veranstaltungen auf Gut Gödelitz tragen zur aktiven Auseinandersetzung mit der Gesellschaft bei, vermitteln Werte und wollen vor allem zum Weiterdenken animieren. Denn Zusammenwachsen kann eine Gesellschaft nur dann, wenn sich jeder aktiv einbringt.

Öffentlich bekannt geworden sind die Aktivitäten des Gutes Gödelitz besonders mit Biographiegesprächen, zu denen Personen aus verschiedenen Regionen Deutschlands und darüber hinaus eingeladen wurden. Zu den Motiven schreibt der Verein: Bei allem, was uns eint, hat jeder

Mensch etwas, was nur ihm gehört: die eigene Biografie. Um seine Mitmenschen zu verstehen, muss man sich also mit ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Kontext auseinandersetzen.

Jugendparlament in Brand-Erbisdorf

Vom „Kanonenkabinett“ zum Sitz des Jugendparlaments, die besondere Geschichte einer Verwandlung. Ein Bau mit einem Saal zur Schülerspeisung und einem Untergeschoss mit vergitterten Fenstern in Brand-Erbisdorf war Forschungsprojekt einer Gruppe Jugendlicher, die sich mit ihrem Beitrag bei der Aktion „Zeitensprünge“ der Stiftung Demokratische Jugend bewarben. Die Herausforderung war, die Geschichte ihres Heimatortes an einem konkreten Objekt zu erforschen, historisch belegbare Details herauszufinden und seine wechselvolle Geschichte aufzuschreiben.

Herausgekommen ist eine eigenwillige Historie eines eher unscheinbaren Bauwerkes in der Zeit zwischen dem Baubeginn 1984 und der heutigen Nutzung als Kinder-, Jugend- und Freizeitzentrum. Beschrieben wurde, dass in der unteren Etage für einige Jahre das Wehrkreiskommando die Räume für Musterung, Schulungen und Teile seiner Verwaltung nutzte, das sogenannte Militärpolitische Kabinett. Das erklärte sowohl die vergitterten Fenster, wie auch die Aufstellung einer russischen Kanone aus dem 2. Weltkrieg. Die obere Etage wurde für die Schülerspeisung der nahen POS (Polytechnischen Oberschule) genutzt sowie als Saal für verschiedene Veranstaltungen, Tanz-, Disco- und weiteres. Zeitzeugen berichteten über die von Anfang an gewollte Doppelfunktion des Mehrzweckgebäudes, die unmittelbare Verbindung zwischen Schule und Militär. Zwischen Herbst 1988 und Ende 1990 nutzte die SED-Kreisleitung das Erdgeschoss. Tatsächlich handelt es sich hier also zurecht um einen „politischen Ort“ in Sachsen.

Daten-Roaming, Lobbyismus und die Idee vom Frieden

Netzpolitische Brüsselreise. Ein Bericht von Teilnehmer Christoph John

Vom 4. bis 7. September 2016 fand die erste netzpolitische Brüsselreise der SLpB statt. Fragen der Netzpolitik und der Digitalisierung sind zu einem zentralen Arbeitsgebiet der EU geworden. Bei Besuchen der EU-Institutionen sowie Lobbyverbänden und einer NGO konnten diese Themen mit Fachleuten diskutiert werden.

Wir alle kennen dieses Szenario – Sommer, Sonne, Ferienzeit. Da wir Sachsen als reislustiges Völkchen bekannt sind, fliegen wir Jahr für Jahr nur allzu gern an unsere liebgewordenen südeuropäischen Sonnenstrände. In Zeiten von Billig-Fliegern wird die Reisekasse ja auch nicht mehr allzu stark beansprucht. Alles könnte perfekt sein, wäre da nicht diese lästige Angelegenheit mit dem Mobilfunk. Immer wenn wir mit unseren Liebsten daheim telefonieren, ihnen eine WhatsApp schreiben oder einfach nur das Selfie vom Strand versenden, fallen Zusatzgebühren in erheblicher Höhe an. Ein wahres Ärgernis für alle Freunde der modernen Kommunikationstechnologie. Aber was soll die Europäische Union (EU) damit zu tun haben? Sehr viel sogar! Die Diskussion um die Abschaffung der Roaming-Gebühren auf EU-Ebene ist ein exemplarisches Beispiel für die politischen Prozesse im Spannungsfeld zwischen Verbraucherrechten auf der einen Seite und den Interessen der Digitalwirtschaft auf der anderen. Um die politischen Entwicklungen im digitalen Europa näher kennenzulernen, lud die SLpB netzpolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer Bildungsfahrt nach Brüssel ein. Auf dem Programm standen abwechslungsreiche Gesprächstermine mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der sächsischen Landesvertretung, der BITKOM sowie mit einer verbraucherorientierten Nicht-Regierungsorganisation (NGO).

Datenschutz, Urheberrecht oder Netzneutralität – wer entscheidet, wer bestimmt?

Für die meisten Europäer ist Brüssel in ihrem Lebensalltag weit entfernt. Zwar sind uns – in der Regel – die europäischen Institutionen noch allgemein bekannt; was diese im Einzelnen aber genau zu entscheiden haben ist für viele von uns schon wieder

ein Buch mit sieben Siegeln. Oft kommt dann der pauschale Vorwurf des Lobbyismus. Die wichtigen Entscheidungen trafen doch immer nur die großen Interessenverbände der Wirtschaft, die mit entsprechender Manpower an den Schalthebeln der Macht saßen. Entspricht dieses Bild wirklich der Realität? Jeder Teilnehmer der netzpolitischen Brüssel-Fahrt konnte diese Frage für sich persönlich beantworten. Die Interessenvertretung ist in Brüssel sehr vielfältig und äußerst heterogen. Seine Interessen kann prinzipiell jeder artikulieren. Die europäischen Institutionen stehen grundsätzlich allen Initiativen offen. Die meisten Organisationen nutzen diese Möglichkeiten auch. So finden sich neben NGO's – die für Bürgerrechte und Grundwerte eintreten – natürlich auch die Verbände der Wirtschaft. Wer seine Interessen letzten Endes durchsetzen kann, muss jeder politisch interessierte Bürger selber beantworten.

Mitunter verschwimmen aber auch die harten Grenzen zwischen NGO's und den Wirtschaftsverbänden. Davon berichtete Kirsten Fiedler, Managing Director bei der European Digital Rights Initiative (EDRI), deren Organisation sich auf EU-Ebene für die Wahrung von Bürgerrechten im Internet engagiert. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren sei immer ad hoc und betreffe alle Themen die sie bearbeiten. Nach den Erfahrungen von Frau Fiedler bilden sich Allianzen immer dann, wenn sich Interessen zwischen Wirtschaftsverbänden und NGO's überschneiden. Bei der Modernisierung des Urheberrechts zum Beispiel sei EDRI Teil einer größeren Koalition, die sich „Copyright for Creativity“ nennt. Ziel dieser Initiative ist es, die verschiedenen Bestimmungen in Europa zu vereinheitlichen und an den veränderten Bedingungen des digitalen Zeitalters anzupassen.

„Schattenberichterstatter“ und „Shadow-Meetings“

Wie die Gesetze in der Praxis verabschiedet werden, lernten die Teilnehmenden beim Besuch des Europäischen Parlaments kennen. In ihm sitzen 751 Abgeordnete aus allen 28 Mitgliedstaaten. Sie werden alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. Im Vergleich mit den nationalen Parlamenten unterscheidet sich die Arbeitsweise zum Teil erheblich. Trotz umfangreicher

Kompetenzausweitungen in den letzten Jahren besitzt das EP bis heute kein Vorschlagsrecht im Gesetzgebungsverfahren. Es obliegt weiterhin der Kommission neue Initiativen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Dennoch: ohne Zustimmung des Parlaments kommt kein Gesetz zustande. Es versteht sich von selbst, dass die Kompromissfindung bei der Vielzahl an divergierenden Interessen nicht ganz einfach ist.

Wie die Parlamentarier unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen arbeiten, erklärte in einem sehr persönlichen Gespräch Lorenz Kramer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der sächsischen Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst. Bevor die Zustimmung für eine Gesetzesinitiative das Parlament passiert, müssen die Interessen von über 200 Parteien aus jedem der 28 Mitgliedstaaten in insgesamt neun Fraktionen mühsam austariert werden. Dazu benennt der zuständige Ausschuss im Europäischen Parlament genau einen Berichterstatter. Dieser erarbeitet federführend die Stellungnahme des gesamten Ausschusses die wiederum Entscheidungsgrundlage für das Plenum ist. Ihm zur Seite stehen die sogenannten „Schattenberichterstatter“. Diese seien aber keine mysteriösen Gestalten, die im Hintergrund agieren, sondern sollen vielmehr sicherstellen, dass sich die Interessen aller Fraktionen in der Stellungnahme wiederfinden. In einem Vielvölkerparlament mit stark divergierenden Interessen kann es nach Meinung von Krämer auch keine Alternative dazu geben.

Krämer kritisierte allerdings die Praxis der vielen sogenannten „Shadow-Meetings“. Darunter verstehen Politik-Analysten eine Form von inoffiziellen Beratungen, bei denen in kleinen Gruppen Kompromisse ausgelotet werden. Nicht selten seien Absprachen unter dem Motto getroffen worden: Gibst du mir so gebe ich dir! Nach Ansicht von Krämer müssen hier in Zukunft unbedingt transparentere Verfahren gefunden werden, um der zunehmenden Politikverdrossenheit Einhalt zu gebieten.

Europa als Friedensprojekt

Dass Europa mehr ist als nur die Vollendung eines gemeinsamen digitalen Binnenmarkts, betonte Wolf-Eberhard Kuhl,

Dienststellenleiter des sächsischen Verbindungsbüros in Brüssel. Er erläuterte den Teilnehmern die Bedeutung der EU als Garant für den dauerhaften Frieden auf dem Kontinent. Dabei handele es sich keinesfalls um eine triviale Angelegenheit, die für alle Zeiten gesichert sei. Noch heute seien die Schrecken der beiden Weltkriege gerade im kleinen Belgien zu spüren. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit in Brüssel habe er ein tiefes Verständnis für diese Befindlichkeiten erlangen können. Vor allem habe sich die deutsche Invasion in Belgien während des Ersten Weltkriegs tief in die Seelen der Belgier eingebrannt. Durch den „Schließen-Plan“ sollte der Erbfeind Frankreich unter Missachtung der Neutralität des kleinen Beneluxstaates schnellstmöglich besiegt werden, um die freien Kapazitäten an die Ostfront zu verlagern. Dabei kam es zu Gräueltaten an der Zivilbevölkerung, die bis heute tief im belgischen Bewusstsein verwurzelt seien. Auch um diese Schrecken ein für alle Mal zu beenden, sei die Idee eines geeinten Europas entstanden.

Der Casus knacksus liegt im Zeitlimit

Und wie sieht nun die Zukunft der Roaming-Gebühren aus? Zunächst hatte die EU-Kommission einen Plan vorgelegt, der für jeden Handynutzer maximal 90 Tage kostenfreies Daten-Roaming pro Jahr im EU-Ausland vorsah. Nach heftigen Protesten von EU-Parlamentariern und Verbraucherschützern zog die Brüsseler Behörde diesen Vorschlag aber wieder zurück. Vielleicht auch ein Beleg, dass es um die Verbraucherinteressen doch nicht so schlecht bestellt ist, wie einige Kritiker immer wieder betonen. Im überarbeiteten Entwurf soll nun ab Mitte des Jahres 2017 das Surfen ohne teure Zusatzgebühren und ohne zeitliche Begrenzung möglich sein. Dem sorgenfreien Versenden des nächsten Urlaubs-Selfies steht also bald nichts mehr im Wege. Ich hoffe, wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit wohlwollend an unser doch recht fragiles Projekt Europa. Es bringt uns allen einen konkreten Nutzen, vor allem im Bereich der Netzpolitik.

Schwarz auf weiß

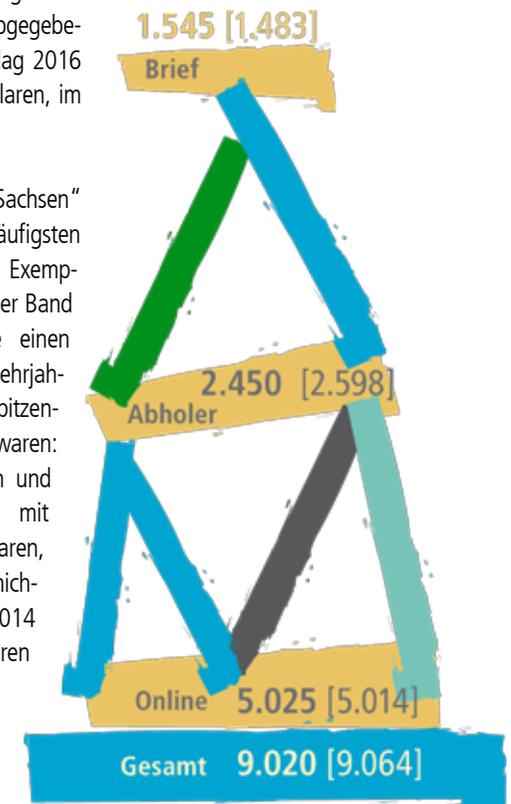
Publikationsangebote und Bücherzentrum



Publikationsarbeit

Im Rahmen der Publikationsarbeit der SLpB wird nach zwei Bestellergruppen unterschieden: Einzelbesteller (Personen) und institutionelle Besteller (Einrichtungen) einschließlich Bestellungen für Veranstaltungszwecke der SLpB. Die Einzelbestellungen von Publikationen der SLpB lagen 2016 mit 9.020 auf dem gleichen Niveau wie 2015 mit 9.064. Demgegenüber sind die Bestellungen für Veranstaltungszwecke der SLpB wiederholt angestiegen von 118 im Vorjahr auf 130 im Jahr 2016. Institutionelle Bestellungen anderer Träger können statistisch bisher leider nicht ermittelt und ausgewertet werden. Derzeit werden jedoch 405 Träger politischer Bildung allgemein und zusätzlich 226 Bibliotheken in der Kundendatei geführt. Die Gesamtzahl abgegebener Publikationen lag 2016 bei 97.200 Exemplaren, im Vorjahr 101.200.

„Muslime in Sachsen“ wurde 2016 am häufigsten bestellt. Mit 2.787 Exemplaren erreichte dieser Band in der Nachfrage einen Spitzenwert im Mehrjahresvergleich. Die Spitzentitel der Vorjahre waren: „Sachsen, Preußen und Napoleon“ 2013 mit 1.973 Exemplaren, „Sächsische Geschichte im Überblick“ 2014 mit 2.700 Exemplaren und die Graphic Novel „Herbst der Entscheidung. Friedliche Revolution 1989“ mit 1.531 Exemplaren.



Anzahl der Einzelbesteller von Publikationen



Wie in den Vorjahren sind es größtenteils sachsenspezifische Publikationen, die die Bestsellerliste anführen. Wegen der großen gesellschaftlichen Bedeutung der Flüchtlingspolitik waren

auch diesbezügliche Publikationen besonders nachgefragt. Hierzu zählen unter anderem die Bände „Einwanderung und Asyl“, „Islamischer Staat“, „Die neuen Dschihadisten“, „Islamische Kultur und Geschichte“, „Die arabische Welt im 20. Jahrhundert“ und „Die Flüchtlingskrise“. Aufgrund des umfangreichen Verlags-Angebots war es möglich, diesen aktuellen Themenbereich vergleichsweise kurzfristig mit attraktiven Titeln abzudecken.

Eine wachsende logistische Herausforderung stellt ein schnellerer Programmwechsel dar, der seit einigen Jahren strategisch umgesetzt wird. Dies bedeutet, dass die Publikationen durchschnittlich in geringeren Stückzahlen angeschafft werden und deshalb auch kürzere Zeit im Angebot verweilen. Dies ermöglicht einerseits eine bessere Anpassung an aktuelle Themen und Herausforderungen der politischen Bildung. Andererseits ergeben sich hierdurch mit dem jeweiligen Halbjahreswechsel zahlreiche kleinere Restbestände, die aufgrund der speziellen Lagerbedingungen nur über die Veranstaltungsarbeit abgebaut werden können.

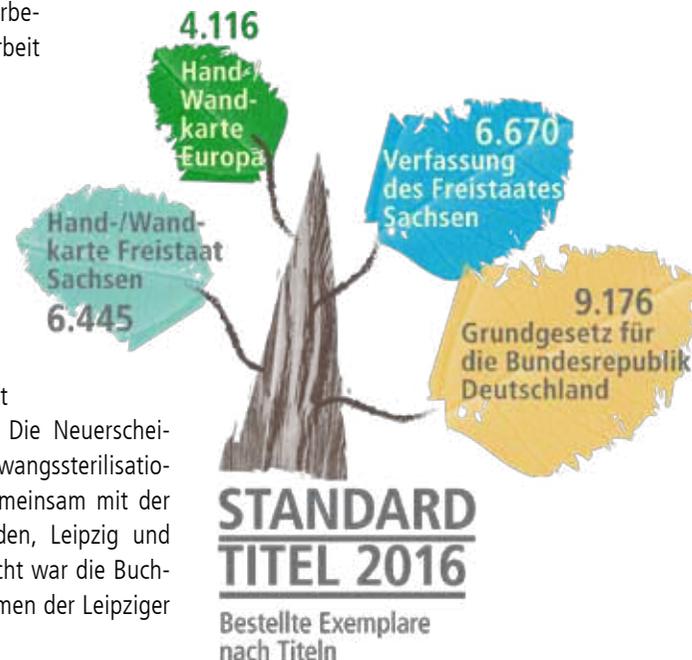
Veranstaltungen

Es wurden 2016 insgesamt 17 Veranstaltungen des Publikationsreferates durchgeführt. Neben kleineren Vortragsveranstaltungen und sieben Buchvorstellungen zählten hierzu auch sechs Informationsveranstaltungen beziehungsweise Präsentationen der SLpB-Publikationsarbeit mit dem Charakter von Öffentlichkeitsarbeit. Die Neuerscheinung der SLpB „Nationalsozialistische Zwangssterilisationen in Sachsen 1933 - 1945“ wurde gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein in Dresden, Leipzig und Chemnitz vorgestellt. Besonders gut besucht war die Buchvorstellung „Muslime in Sachsen“ im Rahmen der Leipziger Buchmesse.

Bibliothek

Das Interesse an der SLpB-Bibliothek spiegelt sich in kontinuierlich wachsenden Nutzungszahlen wider. Neben den vergleichsweise noch bescheidenen Ausleihzahlen wird der Präsenzbestand an Zeitungen und Büchern täglich von den Mitarbeitern der SLpB und während der Öffnungszeiten der Publikationsausgabe von deren Besuchern genutzt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Ausleihen um 42 % an. Die Größe des Bestandes an Monographien und digitalen Medien (CD/DVD) beträgt insgesamt fast 10.000 (2015: 9.444). Besonders nachgefragt wurden wie in den Vorjahren Bücher aus den Fachgruppen der Geschichte. Insbesondere die Geschichte Sachsens stößt auf großes Interesse. Biographien erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.

Mehrmals im Jahr wurden besondere Lese-Empfehlungen zu thematischen Schwerpunkten ausgesprochen wie zum Jahresthema, zur Asyldiskussion und zur Geschichte und Rezeption der lutherischen Reformation.



Frieden, Paz, Peace

Wünsche zum Tag der Deutschen Einheit

Beim Bürgerfest zum 26. Tag der Deutschen Einheit präsentierte die Landeszentrale zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung aktuelle Publikations- und Veranstaltungsangebote.

Besonderen Zuspruch erfuhr unsere Fotobox. Wir baten die Besucher um ihre Wünsche für Deutschland in weiteren 26 Jahren. Viele der hunderte Wünsche für Deutschland 2042 hatten einen Bezug zum Jahresthema „Krieg und Frieden“.





Was hält die Gesellschaft noch zusammen?

Politische Bildung in einer entgrenzten Zeit

Auszüge aus dem Vortrag von Prof. Klaus-Dieter Huffer anlässlich der Festveranstaltung „25 Jahre Sächsische Landeszentrale für politische Bildung“ am 19. September 2016 in Chemnitz

Drei bedeutende Sachsen

Bei der Vorbereitung auf diesen Vortrag ging mir die wichtige Frage durch den Kopf: Wie schaffst du den Einstieg? Im angelsächsischen Bereich beginnt man üblicherweise mit einer Anekdote, in Deutschland mit einem gelehrte wirkenden Zitat. Ich wollte etwas Anderes. Naheliegender war ja, dass ich mich mit dem Land beschäftigte, in dem ich jetzt bin, mit Sachsen. Also kaufte ich mir ein mit Hochglanz aufgemachtes Heft mit dem verheißungsvollen Titel „Mein Land: Sachsen. Willkommen im Wunderland“. Dem habe ich beispielsweise entnommen, dass es im Freistaat über 500 Biersorten gibt, dass in diesem Oktober in Leipzig eine Lachmesse veranstaltet wird und dass die in Syrau hergestellte Wurst mit dem Namen „Drachenbeißer“ eine Spezialität ist. Darauf Bezug zu nehmen, ist allerdings kein guter Auftakt für eine Veranstaltung, bei der es um politische Bildung geht.

Die nächste Idee war, nach prominenten Sachsen zu fahnden. Diese Suche war sehr ergiebig. Sie, verehrte Damen und Herren, leben in einem Land, in dem es erstaunlich viele bedeutende Menschen gab. Mindestens drei von ihnen könnten auch zu unserem Thema Wesentliches beisteuern: Gotthard Ephraim Lessing, Friedrich Nietzsche und Erich Kästner.

Lessing wurde im Jahr 1729 in Kamenz geboren. Dem Aufklärer Lessing verdanken wir das Drama „Nathan der Weise“. Nathan ist ein jüdischer Kaufmann. Er steht für Humanität und Toleranz, für die Versöhnung und Gleichwertigkeit der Religionen. In seinen Hauptfiguren zeigt Lessing die Verwandtschaft von Christen, Juden und Muslimen. Welche Botschaft könnte derzeit aktueller sein als diese?

Nietzsche, der zweite, den ich hier ins Spiel bringen möchte, wurde 1844 in Lützen (heute Sachsen-Anhalt) geboren. Es mag Sie verwundern, dass ich diesen Apologeten des „Herrenmenschen“, diesen von den Nazis verehrten Philosophen hier einbringe. Aber da gab es viele Fälschungen, die vor allem von

seiner Schwester verursacht wurden. Ganz anders als diese war Nietzsche weder nationaler Chauvinist noch Rassist. Im Gegenteil: Er wettete gegen die „verlogene Rassen-Selbstbewunderung“ und gegen die „nationale Herzenskrätze“. Einen Antisemiten nannte er eine „Missgeburt“. Deutlich distanziert er sich vom Antisemitismus eines weiteren Sachsen, Richard Wagner, 1813 in Leipzig geboren. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass einer in diesem Jahr erschienen Studie zufolge 11% der repräsentativ befragten Deutschen dem vorgelegten Item zustimmten „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“, über 21% stimmten teilweise zu. Nietzsche hingegen stellte fest, dass Europa, die europäische Kultur, gerade die Philosophen Europas, den Juden „dankbar“ sein sollten.

Über Erich Kästner, der 1899 in Leipzig geboren wurde, gäbe es in unserem Zusammenhang einen eigenen Vortrag zu halten. Unzählige Schulen tragen seinen Namen, nicht nur wegen seiner Kinderbücher. Kästner war Humanist, Demokrat und Anti-Militarist. Er gehörte zu den Intellektuellen, die das Gegenteil von dem Deutschland verkörperten, das zwischen 1933 und 1945 Tod und Schrecken in die Welt brachte. Nach Kindheit und Jugend in Dresden und Studium und journalistischer Tätigkeit in Leipzig siedelte der Sachse Kästner nach Berlin über. Dort erlebte er, wie am 10. Mai 1933 öffentlich „undeutsche Literatur“ verbrannt wurde. Auch seine Bücher waren dabei. Kästner wurde nach Kriegsende Herausgeber und Redakteur der Jugendzeitschrift „Pinguin“. Was er damit erreichen wollte, liest sich wie ein Katalog moderner politischer Bildung, z.B.: die Perspektiven anderer Menschen übernehmen, Mut und selbstbewusstes Handeln, kritische Urteilsbildung, Menschlichkeit, Toleranz, Demokratie als Lebens- und Regierungsform. Es gibt viele Bonmots aus Kästners gesamtem Werk, die hier und heute passen würden. Eines will ich Ihnen nicht vorenthalten: „Der eine möchte nicht sehen, was der andre nicht sieht. Alles könnte geschehen. Aber nur manches geschieht.“ Das ist eine passende Antwort auf das heute ja sehr verbreitete Lamento, dass es keinen Sinn habe, sich politisch zu engagieren, denn man können sowieso nichts ändern.

Der Blick auf die politische Erwachsenenbildung

Wer politische Bildung organisiert, lehrt oder bildungspolitisch vertritt, hat selten richtig schöne Erfolgserlebnisse. Denn so recht weiß keiner, was aus den Angeboten, den Tagungen, Seminaren, Workshops, Vorträgen, den zur Verfügung gestellten Schriften folgt. Die Wirkung kann nicht eindeutig belegt werden. Sicher ist aber: politische Bildung ist eine stabile Säule der Demokratie. Ohne sie – das behaupte ich jetzt – wären die Probleme unserer Gesellschaft – und wir haben davon nicht wenige – noch größer, als sie bereits sind.

Da das noch von niemandem zwingend und empirisch eindeutig belegt ist, müssen sich politische Bildner/-innen mit kleinen Erfolgserlebnissen zufriedengeben. Ich hatte eines, als mir der Teilnehmer einer meiner Veranstaltungen Folgendes sagte: „Ich besuche gerne Veranstaltungen zu Politik und Gesellschaft, denn hier lerne ich interessante Meinungen kennen, mit denen ich mich auseinandersetzen kann. Und es geht nicht so trocken zu wie damals in meinem Sozialkundeunterricht in der Schule.“ Ich hoffe, die anwesenden Politiklehrer/-innen können akzeptieren, dass ich da eine kleine Genugtuung verspürte. Denn allzu oft stehen wir, die wir in der außerschulischen Jugendbildung/der Erwachsenenbildung tätig sind, im Windschatten der viel mehr beachteten allgemeinbildenden Schule.

Im Folgenden konzentriere ich mich also auf die außerschulische politische Bildung, vor allem auf die politische Erwachsenenbildung. Aber die dargestellten Aspekte sind auch auf die politische Jugendbildung übertragbar. Es ist eine alles andere als leichte Arbeit, die diejenigen, die hier tätig sind, übernommen haben, und viele Meriten sind auch nicht zu gewinnen: „Für die Bevölkerung, ja selbst für viele Erwachsenenbildungs- und Politikdidaktikstudierende ist politische Erwachsenenbildung oftmals eine Terra incognita. Um einen Vergleich mit klassischen Professionen zu bemühen: Trotz berechtigter Kritik gelten Ärzte nicht weniger als `Götter in Weiß`, Priester als moralische Instanzen, Richter als geachtete Respektspersonen – und Erwachsenenbildner? In der Öffentlichkeit werden

sie kaum wahrgenommen, in der einschlägigen Literatur nicht selten unter Dilettantismus-Verdacht gestellt. Es fordert die Phantasie heraus, sich einen politischen Erwachsenenbildner als Roman-Helden, Spielfilm-Protagonisten oder Identifikationspunkt kindlicher Berufswünsche vorzustellen.“

Es ist schon einiges gelungen bei dem Bemühen, die außerschulische politische Bildung aus ihrem langjährigen Schattendasein herauszuholen. Das reicht aber noch nicht, sie muss weiter gefördert und ausgebaut werden. Dafür möchte ich werben. Denn ich schaue mit Sorgen auf die Entwicklung unserer Gegenwart. Wir leben in entgrenzten Zeiten, in denen unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Aber es bedarf eines Zusammenhalts, sollen nicht Anomie, Gleichgültigkeit und Egoismus die bestimmenden Merkmale und Handlungen der hier lebenden Menschen sein. Sie, Herr Ministerpräsident, blicken auf die Entwicklung mit Sorge. Wie ich der Süddeutschen Zeitung vom letzten Freitag entnommen haben, beobachten Sie, „dass die Verwahrlosung im Denken von Menschen `immer öfter zu einer Verwahrlosung im Handeln führe`.“ In der politischen Bildung dagegen wird in reflexiver Weise über ein verantwortungsethisches Handeln nachgedacht. Jedoch ist ihr Feld nicht einfach bestellt, es gibt da einige Konflikte und Friktionen.

Erster Brennpunkt: die Entwicklung der Gesellschaft

Wir befinden uns in unklaren, widersprüchlich erlebten und sich darstellenden Zeiten. Eine klare Gesellschaftsanalyse, die hoffnungsvoll den Blick nach vorne zeigt, gibt es nicht mehr. Utopien sind verschwunden. Stattdessen konstatieren die Soziologen und Politologen Zerrüttung und Rückzug.

Der französische Politik-Professor Jacques de Saint Victor hat einen aktuellen Trend und die Menschen, die ihm hinterherlaufen, mit einem starken Begriff markiert: „Die Antipolitischen“. In seinem gleichnamigen Buch beschreibt er ein europaweit wachsendes Phänomen, die „Antipolitik“. „Es bezeichnet eine Art moralischer Entrüstung und Rebellion vonseiten wachsender Randgruppen der Öffentlichkeit, die bestrebt sind, sich von

der alten Politik zu befreien, vor allem durch die `Tugenden` des Netzes“. Als einen Grund dafür sieht Saint Victor ein „Jahrhundertübel“ der westlichen Welt, nämlich eine „Vertrauenskrise“. Eine absurde Situation ist entstanden: Einerseits ein „Kult des Privaten“, andererseits „steigert das Web 2.0 die Möglichkeit, `das Wort zu ergreifen`, ins Unermessliche“.

Der einfache Klick im Internet erzeugt in der Tat ein nahezu omnipräsentes und -potentes Gefühl. Doch ist das eine qualitative Verbesserung der Demokratie? Der Autor verneint das. Er sieht ein wachsendes „Bündnis von Netz und Straße“. Ein „antiinstitutioneller Populismus“ sei entstanden. Dessen Feind sei die „Kaste“: die Kaste der Politiker, die Kaste der Unternehmer, die Kaste der Journalisten“. Wer – ganz besonders in Sachsen – denkt jetzt nicht an Pegida? Deren Protagonisten und Mitläufer organisieren sich per Internet, behaupten, sie seien „das Volk“ und pöbeln auf der Straße pauschalierend gegen „die“ Politik und „die“ Journalisten, deren Repräsentanten sie als „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“ bezeichnen.

Für uns politische Bildner/-innen ist dieses Phänomen verwirrend. Immer wieder haben wir ja Partizipation und Demokratisierung gewollt und in unseren Vorträgen, Kursen und Seminaren darauf hingezielt. Nun äußern sich millionenfach „besorgte Bürger“ im Netz und auf der Straße, aber statt Aufklärung ist Borniertheit, statt Kultur ist Vulgarität, statt Toleranz ist Unduldsamkeit statt Offenheit ist Enge entstanden. Immer schon hatte politische Bildung zwar dazu aufgerufen, die „Herrschenden“, das „Establishment“ kritisch zu hinterfragen. Jetzt aber wird pauschaler Hass skandiert gegen „Politiker, Wirtschaftsvertreter, Medienleute – sie alle gehören zum vermeintlichen Establishment derer `da oben`“.

Was lernen diejenigen daraus, die anderen Menschen politische Lernprozesse mit dem Ziel einer besseren, demokratischeren und freieren Welt nahebringen wollen? Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: ich sehe durchaus viele Entwicklungen durch das Netz, die Demokratie sehr gut bekommen: mehr Partizipation, mehr Transparenz, mehr Kon-

trolle. Aber das ist jetzt nicht mein Thema – mich beunruhigt die dunkle Seite des globalisierten Netzes.

Vor ca. 25 Jahren bereits hat Ralf Dahrendorf in den westlichen Demokratien den Verlust der „Ligaturen“ beschrieben. Das sind „tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt der Optionen zu finden“. In der modernen Demokratie übernahmen diese Aufgabe beispielsweise Parteien, Kirchen und Gewerkschaften. Sie alle müssen seit Jahren einen massiven und offensichtlich unaufhaltsamen Schwund ihrer Mitglieder hinnehmen. Die Folgen für eine repräsentative Demokratie und für die Bindekräfte einer auf Humanität und sozialen Ausgleich verpflichtete Gesellschaft sind jetzt schon absehbar.

Konkret wird das durch eine aktuelle repräsentative Befragung. Es geht um das „Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen“. 13 wurden genannt, die Befragten sollten angeben, zu welchen sie Vertrauen hätten, zu welchen das „teils/teils“ der Fall wäre und zu welchen sie kein Vertrauen hätten. Auf den letzten Platz kamen die politischen Parteien mit einem Vertrauensbonus von gerade 23,1%. Vor ihnen rangierten die Kirchen mit einem Vertrauenszuschuss von nur 31,1%. Bezeichnend für den hier diskutierten Zusammenhang ist, dass der private Rundfunk und die sozialen Medien mit 35% bzw. 36% für vertrauenswürdiger eingeschätzt wurden als Kirchen und politische Parteien. Auf den ersten Platz kam übrigens die Polizei mit 65,5%, gefolgt vom Bundesverfassungsgericht mit 63,5%.

In dieser Situation soll politische Bildung für politisches Engagement werben. Das ist ein schwierig zu lösender Anspruch. Aber politische Bildung darf nicht gleichgesetzt werden mit dem Handeln der etablierten politischen Akteure.

Zweiter Brennpunkt: der Bildungs- und Politikbegriff

Bei politischer Bildung geht es ... um Politik und ... um Bildung. Wer wollte das bezweifeln? Doch niemand kann definieren, was in einer an Informationen überbordenden Gesellschaft für die Millionen Einzelnen mit ihren jeweils unterschiedlichen,

auch gegensätzlichen Voraussetzungen und Interessen relevante Kenntnisse und notwendiges Wissen sind, um von da zur „Bildung“ zu kommen. Der Bildungsbegriff ist ein schier unendliches Thema, oft beschrieben, oft einseitig festgelegt, oft instrumentalisiert, oft missbraucht. Zweifelsohne ist Bildung „vor allem Selbstbildung“. Da ist der wohl einzige gemeinsame Nenner, immerhin: Bilden müssen sich die Menschen selbst.

Gibt es dabei „Lernziele“? Zumindest dieses sagt Oskar Negt: „Zusammenhang herstellen!“. Es geht um die „Wiederherstellung der wirklichen Zusammenhänge der Welt. Der aufgeklärte Mensch ist der diese Zusammenhänge begreifende Mensch, und das ist die Grundlage seiner Mündigkeit“. Das ist schwer in einer Gesellschaft, die als pluralisiert, individualisiert, ja als fragmentiert beschrieben wird. In dem Zitat von Negt tauchen zwei zentrale Begriffe auf, die alles umfassen, was Bildung insgesamt, aber politische Bildung im Besonderen ausmacht, ihr zu Grunde liegen und wobei sie die Teilnehmer/-innen ihrer Veranstaltungen unterstützen soll: Aufklärung und Mündigkeit.

Die klassische Definition von Aufklärung hat Kant gegeben: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ Diese Aussage aus dem Jahr 1784 überragt die Zeiten.

In der Mündigkeit des Subjekts erfüllt Bildung ihren Zweck. Eine wie auch immer geartete Bevormundung, Fremdbestimmung und Vorgabe von zu erreichenden Bildungs- oder Lernzielen widerspricht der Prämisse von der Mündigkeit.

Hier ergibt sich eine spannungsreiche Dialektik: Denn institutionalisierte und organisierte Bildung verfolgt eine Absicht, hat einen politisch gewollten Auftrag zu erledigen. Doch da bleibt die Entwicklung nicht stehen, der Bildungsanspruch entzieht sich letztendlich der Herrschaftsabsicht. Die Vermittlung von

Bildung enthält die Möglichkeit ... das Selbstverständliche zu bezweifeln. Das heißt: Bildung ist immer befreiend und widerspenstig ... und damit auch politisch. Das müssen auch die aushalten, die Bildung organisieren, administrativ verwalten und finanzieren

Fast genauso so schwierig, wie es ist, den Bildungsbegriff zu definieren, ist es mit der eindeutigen Beschreibung dessen, was „Politik“ ist. Da gibt es Traditionslinien, die miteinander nicht zu vereinbaren sind und Kategorien, die sich widersprechen. Es gibt mehrere Dimensionen und Handlungsfelder: Polity, Policy, Politics. Und schließlich ist Politik „entstaatlicht“, verstreut, globalisiert, findet national, bi- oder multinational, übernational und weltweit an unendlichen Orten und durch unzählige Akteure mit ebenso vielen Legitimationen, Intentionen und Interessen statt.

Folgerichtig gibt es auch keine allgemein verbindliche, allseits akzeptierte Definition von politischer Bildung. Im besonderen Feld der politischen Erwachsenenbildung lassen sich Ziele nicht ohne weiteres so benennen, dass sie die Zustimmung aller unterschiedlichen Standpunkte, Sichtweisen und Theorien finden würden. Denn in der Vielfalt ihrer Organisationen, Träger, Institutionen und Einrichtungen spiegelt sich die Realität einer pluralen Demokratie. Dem entsprechend gibt es viele Ansichten darüber, was politische Bildung bezwecken soll. Letztendlich geht es in ihr aber immer darum, Verständnis für die Alternativlosigkeit einer sozialen Demokratie zu wecken und zu festigen, die demokratischen Regelungen und Entscheidungswege einsichtig zu machen, ein Engagement für die Einhaltung und Verteidigung der Menschenrechte zu bewirken und sich der Ablehnung von Extremismus, Totalitarismus und Diskriminierungen bewusst zu sein. Das versteht sich nicht von selbst, denn die Menschen werden nicht unbedingt als Demokraten geboren: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss - immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt, 2010).

Wer sich einem emanzipatorischen Verständnis von Demokratie und politischer Bildung verbunden fühlt, für den gilt, was Oskar Negt klar formuliert hat: „Politische Bildung kann nicht gelingen, wenn die Systemfrage ausgeklammert bleibt. Wo leben wir? Was sind die bestimmenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse? Wenn diese Fragen als modernisierungsschädlich ausgegrenzt werden, ist politische Bildung lediglich Verdoppelung der Realität“. Damit stellt sich eine wirklich brennende Frage für das pädagogische Personal.

Dritter Brennpunkt: die Profession

Das demokratietheoretisch und von der Bildungsidee her zweifelsfrei gut zu begründete Postulat von Oskar Negt kollidiert oft mit der Möglichkeit, auch Taten folgen zu lassen. Eine kompromisslose Kritik der herrschenden Strukturen schafft Reibungen und Konflikte, zumal die Trägerorganisationen (Kommunen, Parteien, Kirchen, Verbände) selbst Teile dieses herrschenden Systems sind. Das zeigt sich insbesondere, wenn eine Bildungsveranstaltung handlungsorientiert angelegt ist – ein notwendiges Ziel politischer Bildung! – und sich daraus Aktivitäten entwickeln. Da kann es leicht zu Problemen und Repressionen kommen. Das Verhältnis von Reflexion und Aktion ist in der politischen Erwachsenenbildung prinzipiell spannungsgeladen.

Fritz Borinski, Nestor der politischen Erwachsenenbildung der frühen Bundesrepublik, schrieb bereits 1954: Den „Lehrer“ der politischen Bildung solle „Mut zur Wahrheit und Freiheit“ auszeichnen: „Er muß den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen und von der Meinung, die ‚man‘ zu vertreten hat und die ‚man‘ auch von ihm erwartet, abzuweichen.“ Das ist heute, wenn sich auf eine Stelle in der Erwachsenenbildung hunderte Universitätsabsolventen bewerben und dann oft nur ein befristeter Job herauskommt, nicht mehr selbstverständlich. Wer zu viel Mut zeigt, riskiert unter Umständen seinen Arbeitsplatz oder bekommt ihn erst gar nicht.

Ganz und gar nicht problemfrei sind auch das professionelle Verständnis und das Berufsbild politischer Erwachsenenbildner/-

innen. Denn sie arbeiten ja in unterschiedlichen Bezügen, Organisationen und Institutionen. Die Handlungsfelder sind – dem pluralen Verständnis von Erwachsenenbildung entsprechend – vielfältig und an zahlreichen, unterschiedlichen Orten platziert. Es ist ein Unterschied, ob jemand beispielsweise gut dotierter verbeamteter Fachbereichsleiter einer großstädtischen Volkshochschule, angestellter Bildungsreferent in einem gewerkschaftlichen Bildungszentrum oder freiberufliche Honorarkraft in gleich mehreren Institutionen und Organisationen ist. So entwickeln sich spezifische Praxiserfahrungen und -kenntnisse, die professionelles Handeln generieren und manifestieren.

Und was die Profession besonders beschäftigen muss, ist die Tatsache, dass viele der nebenberuflich, oft auch hauptberuflich tätigen Honorarkräfte in prekären Verhältnissen nicht selten am Rande des Existenzminimums leben. In den Volkshochschulen arbeiten 87% der dort Tätigen auf Honorarbasis, nicht alle schlecht bezahlt, aber sehr viele doch.

Kann daher von einem Berufsbild/einer Profession die Rede sein? Wenn ja, was sind die Kennzeichen und Kriterien, die unbezweifelbaren und unverwechselbaren Standards der Profession? Dieses Fragen sind zwei Projekte nachgegangen.

Herausgekommen ist einmal, dass sich die Profession der politischen Erwachsenenbildner/-innen erheblich von der der Politiklehrer/-innen an den allgemeinbildenden Schulen unterscheidet. Das geht so weit, dass sich die Frage stellt, ob es nicht zwei komplett unterschiedliche Berufe sind. Zum anderen aber kann man für die politische Erwachsenenbildung feststellen, dass es trotz ihrer großen Heterogenität doch gemeinsame professionelle Standards gibt. Es gibt Kompetenzen, die jeder braucht, um in diesem Feld professionell zu arbeiten. Christine Zeuner hat hierfür folgende Kompetenzen genannt: Fachkompetenz, Methodenkompetenz, soziale Kompetenz und reflexive Kompetenz.

Das versteht sich nicht von selbst. Vieles geht unter im alltäglichen institutionellen Pragmatismus. Daher muss daran ge-

arbeitet werden, dass diese Kompetenzen bewahrt, gepflegt und kollegial diskutiert werden. Dafür bedarf es Raum, Zeit, Förderung und Knowhow. Eine Landeszentrale für politische Bildung wäre da ein idealer Partner

Vierter Brennpunkt: die Themen

Es gibt gegenwärtig zwei Tendenzen, die die Existenz öffentlich geförderter politischer Bildung gefährden: Einmal wird der Staat „verschlankt“, viele Einrichtungen werden privatisiert und/oder einem „Markt“ übergeben. Aus dieser neoliberalen Grundhaltung heraus werden Einrichtungen aus den Bereichen Kultur, Soziales und Bildung zur Disposition gestellt. Zum anderen geht damit einher auch eine Umwidmung von Bildung zu Kompetenzen, entfernt man sich von den Ideen der Aufklärung und ersetzt diese durch eine immer wieder propagierte und nahezu ausschließlich geforderte Notwendigkeit zur Employability und individuellen Qualifizierung. Das sind Entwicklungen, die politischer Bildung – zumindest in der von mir beschriebenen Auffassung – diametral entgegenstehen.

Daher sei noch einmal an die Unverzichtbarkeit von politischer Bildung erinnert. Das soll in knappen Thesen geschehen:

- Demokratie lebt von Demokraten. Orte, an denen sie sich treffen, sich informieren, ihre Meinungen und Interessen austauschen und ihre politischen Ideen abgleichen, Solche Orte sind die Veranstaltungen zur politischen Bildung.
- Der modernen Gesellschaft gehen die „Ligaturen“ verloren. Die Foren, die politische Bildung anbieten, können sie zwar nicht ersetzen, aber in einer zunehmend unübersichtlichen Welt Rückbesinnung, Bindungen und Orientierungen ermöglichen.
- In einer Zeit, in der sich fast alles von einem (nicht mehr vorhandenen) Zentrum weg zu diversen Orten der Peripherie verlagert, sind Plätze und Kräfte erforderlich, die das allgemein Verbindliche einfordern und zusammenhalten. Auch hier kann politische Bildung einen wesentlichen Beitrag leisten. Sie, Herr Richter, sagten dazu einmal: „Die politische Bildung

hat gemeinsam mit der kulturellen, der ethischen Bildung und anderen Bereichen der humanistischen Bildung für den Grundwasserstand des gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen.“

- Immer mehr Bürger/-innen und Bürger zeigen Aversionen gegen die etablierte Politik. Die Institutionen der politischen Bildung können Brücken sein, die von der totalen Entfremdung wieder zurückführen. Sie können es zumindest versuchen. Die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen hat das beispielhaft gezeigt mit dem Bemühen, mit Pegida-Anhängern ins Gespräch zu kommen. Das hat bundesweite Beachtung gefunden. Zwar gab es für diese Initiative auch Kritik, aber mit Recht viel Beifall. Ich stimme dem Versuch, Vernunft gegen Ressentiments zu setzen, ausdrücklich zu. Wie überhaupt: Die optimistische Überzeugung, dass Aufklärung durch Vernunft möglich sei, gehört zu den Grundprinzipien politischer Bildung. Bertolt Brecht lässt seinen Galilei sagen: „Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß. Ihr erliegen die meisten, auf Dauer alle. Das Denken gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse.“
- Trash-TVs und Oberflächen-Statements in Talkshows banalisieren gesellschaftspolitische Themen. Statt einer solchen Desinformation sorgt politische Bildung für gründliche und argumentationssichere Meinungsbildung.
- In einer höchst komplexen, diffundierenden und zerstreuten Gesellschaft stellt sich die Frage nach dem Kompass und danach, welche Ethik die Richtung bestimmt. Bei den Veranstaltungen der politischen Bildung können sich Bürgerinnen und Bürger treffen, um ihre eigenen Wege und Maßstäbe in der allgemeinen Unsicherheit und Unübersichtlichkeit zu finden.
- Wenn das Leben immer mehr betriebswirtschaftlich gedacht und in fast allen Facetten nur noch so entschieden wird, wenn nur noch der eigene ökonomische Vorteil zählt, dann bleiben Gerechtigkeit und Solidarität auf der Strecke. Die „Freiheit“ wird zur Freiheit der Konsumentscheidung. So wird der moralische Kitt für eine Gesellschaft verbraucht. Dagegen ist es eine elementare Leitidee von politischer Bildung, das Wechselverhältnis von Freiheit und Gleichheit/Gerechtigkeit auszuloten.

- Die fortschreitende Globalisierung bringt es mit sich, dass sich immer mehr Menschen zunächst als Fremde begegnen. In den Veranstaltungen der politischen Bildung werden Vorurteile in Frage gestellt, Begegnungen geschaffen, einander „Fremde“ lernen sich kennen und verstehen.
- Eine zivile Gesellschaft lebt von der wechselseitigen Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Kulturen und Herkunft: Diese ist aber durch Fundamentalismen, autoritäre Einstellungen und totalitäre Ideologien gefährdet. Politische Bildung ist dagegen eine Anwältin für Menschenrechte und Toleranz.
- Schließlich komme ich auf einen bereits erwähnten Punkt dieses Vortrags zurück: Das Internet hat einerseits neue Kommunikationsformen und zivilgesellschaftliche Kampagnen ermöglicht. Das ist ein Potenzial, das Demokratie nützt. Andererseits hat das weltweite Netz auch zu Solipsismus und Rückzug geführt. Das wiederum gefährdet Demokratie, die von einer vitalen Öffentlichkeit lebt. Politische Bildung ist herausgefordert, das eine zu fördern und das andere zu problematisieren. Mit Hilfe des Webs unterstützt sie politische Reflexion und stellt antipolitische Ressentiments in Frage.

Ein Blick auf Sachsen

Bei den Vorstellungen der Menschen in Deutschland von Demokratie, politischer Partizipation, Werten und Einstellungen gibt es nach wie vor einen auffallend deutlichen Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern. Das zeigt sich beispielsweise in der unterschiedlich starken Wahlbeteiligung, die in den Flächenstaaten im Westen erheblich größer ist als im Osten. Das gilt sowohl für die Bundestagswahl 2013 als auch bei den Landtagswahlen. In der Zeit von 2010 bis 2014 fanden in allen Bundesländern Wahlen statt. Mit Ausnahme Bremens lagen alle der nun nicht mehr neuen Bundesländer auf den letzten Plätzen. Sachsen hatte 2014 eine Wahlbeteiligung von 49,1%, Spitzenreiter war Hessen mit 73,2% im Jahr 2013. Dass Mecklenburg-Vorpommern bei den Landtagswahlen im September dieses Jahres auf eine Beteiligung von 61,6% kam, schlug sich nicht im Ergebnis für die etablierten Parteien nieder. Die AfD konnte bisher passive

Wahlberechtigte mobilisieren. Das gibt Anlass zum gründlichen Nachdenken darüber, wo der Verdruss am bekanntesten politischen Personal herkommt.

Demokratie als „die beste Staatsform“ wird in Ostdeutschland weniger geschätzt als in Westdeutschland: 82 zu 90%. Im Jahr 2015 waren in Westdeutschland 77% mit dem „Funktionieren der Demokratie“ zufrieden, ins Ostdeutschland waren es lediglich 47%.

Für die politische Bildung ergeben sich aus der Bevölkerungs- und Sozialstruktur Sachsens erhebliche Herausforderungen, nämlich Entwicklungen und Perspektiven zu thematisieren, präventiv und intervenierend tätig zu werden. Denn die Bevölkerung schrumpft und altert, die Abwanderung in den Westen steigt. Die soziale Ungleichheit ist in Sachsen deutlich vom Westniveau entfernt. Das Armutsrisiko ist hoch, besonders gefährdet sind Alleinerziehende. Im Jahr 2013 gehörten nur noch 23,6% der Sachsen einer der beiden großen Kirchen an, der evangelischen 19,9% oder katholischen 3,7%. Allen aktuellen Berichten und Daten zufolge ist davon auszugehen, dass diese Zahl weiter sinkt. Insgesamt sehe ich, dass die Zentrifugalkräfte des Landes schwinden, dass, was eine Gesellschaft zusammenhält, erodiert. So ist es wohl folgerichtig, dass die politische Kultur in Sachsen offensichtlich nicht sehr stabil ist. Die Situation hat sich mit dem Hinzukommen von Asylbewerber/-innen zugespitzt.

Eine Schrift, die von der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ herausgegeben wurde, belegt das. Darin heißt es: Ca. 60% der sächsischen Einwohner/-innen fühlten sich 2013 durch den Islam bedroht – und das, obwohl es zu diesem Zeitpunkt in dem Land kaum Muslime gab. In dieser Schrift wird das Hauptproblem benannt: „In Deutschland und ganz besonders im Freistaat Sachsen ist eine erschreckend hohe Zahl an Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen bis hin zu politischen

Parteien aktiv, für deren Verortung im politischen Spektrum Adjektive wie neonazistisch, rechts, oder rechtsextrem, menschenverachtend, rechtspopulistisch oder -radikal, terroristisch oder rassistisch gebraucht werden.“

Der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey stellt in seinem kürzlich erschienenen, vielfach gelobten Buch mit dem bezeichnenden Titel „Die Abstiegs-gesellschaft“ fest: „In kaum einem Bundesland ist die politische Kultur so konservativ, sind die Bürger so entfremdet von der Politik wie in Sachsen.“

Bei den im Jahr 2015 verübten rechtsextremen Gewalttaten steht Sachsen im Ländervergleich an zweiter Stelle, hinter dem wesentlich größeren Nordrhein-Westfalen. Die Gründe für die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus gerade in Sachsen können an dieser Stelle nicht erörtert werden. Aber es muss zu denken geben, dass die Orte, Bautzen, Clausnitz, Freiberg, Freital, Heidenau, Hoyerswerda, Sebnitz und auch Dresden Synonyme dafür sind, dass im Westen Deutschlands Sachsen als besonders markanter Teil „Dunkeldeutschlands“ bezeichnet wird. Als ich Freunden in Nordrhein-Westfalen mitteilte, dass ich eine Expertise zur politischen Erwachsenenbildung in Sachsen erstellen und Recherchen vor Ort einholen würde, bekam ich mehrfach als Antwort die Gegenfrage: „Ist das nicht gefährlich?“ Nein, das war es ganz und gar nicht. Ich habe bei meiner Erkundung die Schönheit der besuchten Städte und der Fahrt durch das Land genossen. Und ich habe sehr anregende Gespräche mit klugen und engagierten Kollegen geführt.

Aber leider muss ich Ihnen mitteilen, dass im Westen der Bundesrepublik, in dem ich lebe, das Bild von Sachsen von den aktuellen Ereignissen überlagert wird. In vielen Gesprächen habe ich erfahren, dass der Freistaat in erster Linie nicht mehr mit beispielsweise der wunderbaren Landschaft der Sächsischen Schweiz, dem weltberühmten Thomanerchor Leipzig, der faszinierenden und befreienden Atmosphäre auf den Elbterrasen Dresdens, dem kostbaren Meissener Porzellan oder den

Schlössern und Herrnsitzen im Land in Verbindung gebracht wird. In der Wahrnehmung schiebt sich dagegen in den Vordergrund, dass Bundespräsident Gauck im Juni 2016 in Bautzen als „Volksverräter“ beschimpft wurde. Oder dass Bundesjustizminister Maas bei der diesjährigen Kundgebung zum Tag der Arbeit in Zwickau mit rechten Parolen und obszönen Gesten angepöbelt wurde und er die Flucht ergreifen musste.

Dagegen erinnert sich heute kaum noch jemand an den zivilen Mut und die demokratische Kraft, die Pfarrer Christan Führer zeigte, als er 1989 die Leipziger Nikolaikirche für die Friedensgebete öffnete und in seinem Pfarrhaus von der DDR-Polizei niedergeknüppelten Demonstranten Schutz gewährte. Viele seiner Kolleg/-innen leisteten das Gleiche. Leider verblasst die Erinnerung daran. Die Parole von 1989 hieß „Wir sind das Volk“. Die Betonung lag auf dem „Wir“. Heute skandieren Pediga und Co den gleichen Satz, betonen aber das Wort „Volk“. Mit dieser Nuance wird der Unterschied zwischen der Demokratiebewegung damals und den rechten Aufmärschen heute deutlich.

Auch Sie, Herr Ministerpräsident Tillich, sind alarmiert. In Ihrer Regierungserklärung im Plenum des Sächsischen Landtags am 29. Februar 2016 stellten Sie fest: „Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus und es ist größer, als viele – ich sage ehrlich: auch ich – wahrhaben wollten.“

Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat eine Dokumentation erstellt, die das Ausmaß rechtsextremer Aktivitäten in Sachsen detailliert belegt. Die Verfasser/-innen ziehen daraus u.a. den folgenden Schluss: „Eine Intensivierung der Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Menschenrechten und Demokratie ist notwendig. Dialogforen mit den Bürger_innen sollten als Ausgangspunkt für eine intensive politische Bildungsarbeit in Sachsen begriffen werden. ... Politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen allein in Schulen greift zu kurz. Auch wenn Schulen und Berufsschulen zweifellos ein sehr wichtiger Ort der Auseinandersetzung sind, muss diese auch und

vor allem mit Erwachsenen und in den einzelnen Kommunen erfolgen.“

Das ist dringend nötig, denn die landespolitisch gewollte Ausstattung und Unterstützung der politischen Erwachsenenbildung hinkt deutlich hinter dem her, was die Institutionen und Organisationen in anderen Bundesländern an Zuwendungen bekommen. Das ist das Ergebnis meiner Expertise, die ich morgen auf dem Landesforum Weiterbildung mit dem Titel „Politische Bildung stärken!“ vorstellen werde.

Sie, Herr Ministerpräsident Tillich, haben das grundsätzliche Defizit der politischen Bildung in Ihrem Land gesehen und eine Konsequenz mitgeteilt: „Wir müssen den Staat und die politische Bildung stärken.“ Allerdings nennen Sie dabei vor allem die Schule und nur sehr vage und am Rande „die Akteure der politischen Bildung“ – wer immer damit gemeint sein mag. Während meiner Recherche zur Situation der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen habe ich sehr tatkräftige Kollegen schätzen und anspruchsvolle Programme kennen gelernt. Ihnen und den Teilnehmer/-innen an den Bildungsveranstaltungen würde ich wünschen, dass Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, deutlich zum Ausdruck bringen, dass auch diese Arbeit gemeint ist, wenn Sie die politische Bildung in Ihrem Bundesland stärken wollen.

Der in Sachsen geborene Erich Kästner hat mit wenigen Worten gezeigt, wie leicht es ist, etwas zu verbessern: „Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es.“ Das gilt auch in entgrenzten Zeiten. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung ist ein Beispiel dafür, dass „das Gute“ getan werden kann. Dafür wünsche ich allen Beteiligten weiterhin viel Glück – zunächst für die kommenden 25 Jahre.

Netzwerker

Ohne Partner kann die Landeszentrale ihren Auftrag nicht erfüllen

„Die Landeszentrale verfolgt mit ihrer Tätigkeit das Ziel, zu einer weiteren Verbreitung und Stärkung der demokratischen, rechtsstaatlichen Grundordnung in der sächsischen Bevölkerung beizutragen. Auf überparteilicher Grundlage übernimmt sie die Aufgabe, politische Bildung in Sachsen zu fördern und zu vertiefen.

In Erfüllung dieser Aufgaben hat die Landeszentrale insbesondere 1. auf eine Abstimmung mit den für die Förderung der politischen Bildung befassen staatlichen Stellen hinzuwirken, 2. die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der politischen Bildung zu pflegen, ...“

Aus der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Organisation und die Aufgaben der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Die Landeszentrale beteiligt sich punktuell in verschiedenen Gremien. Sie ist regelmäßiges Mitglied in folgenden Gremien:

Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Fachbeirat Dresdner Revolutionsweg 1989/90, Beirat zum „Forum starke Demokratie“, Jurymitglied „Sächsischer Bürgerpreis“, Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen, Leiterkonferenz Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentralen für politische Bildung, Landespreis für Heimatforschung, Sächsischer Kultursenat, Fachkonferenz Publikationen der Zentralen für politische Bildung Deutschland, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Programmbeirat Haus der Kirche, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Arbeitsgruppe Informations- und Kommunikationstechnik, Entwicklungsgruppe Informationssicherheit, Arbeitskreis Frauenbeauftragte/Gleichstellungsbeauftragte, Sächsische Kulturstiftung, Arbeitsschutzausschuss, Beirat Elternmitwirkungsmoderatoren, Beirat des Kulturbüro Sachsen e.V.

Unsere Partner vor Ort 2016

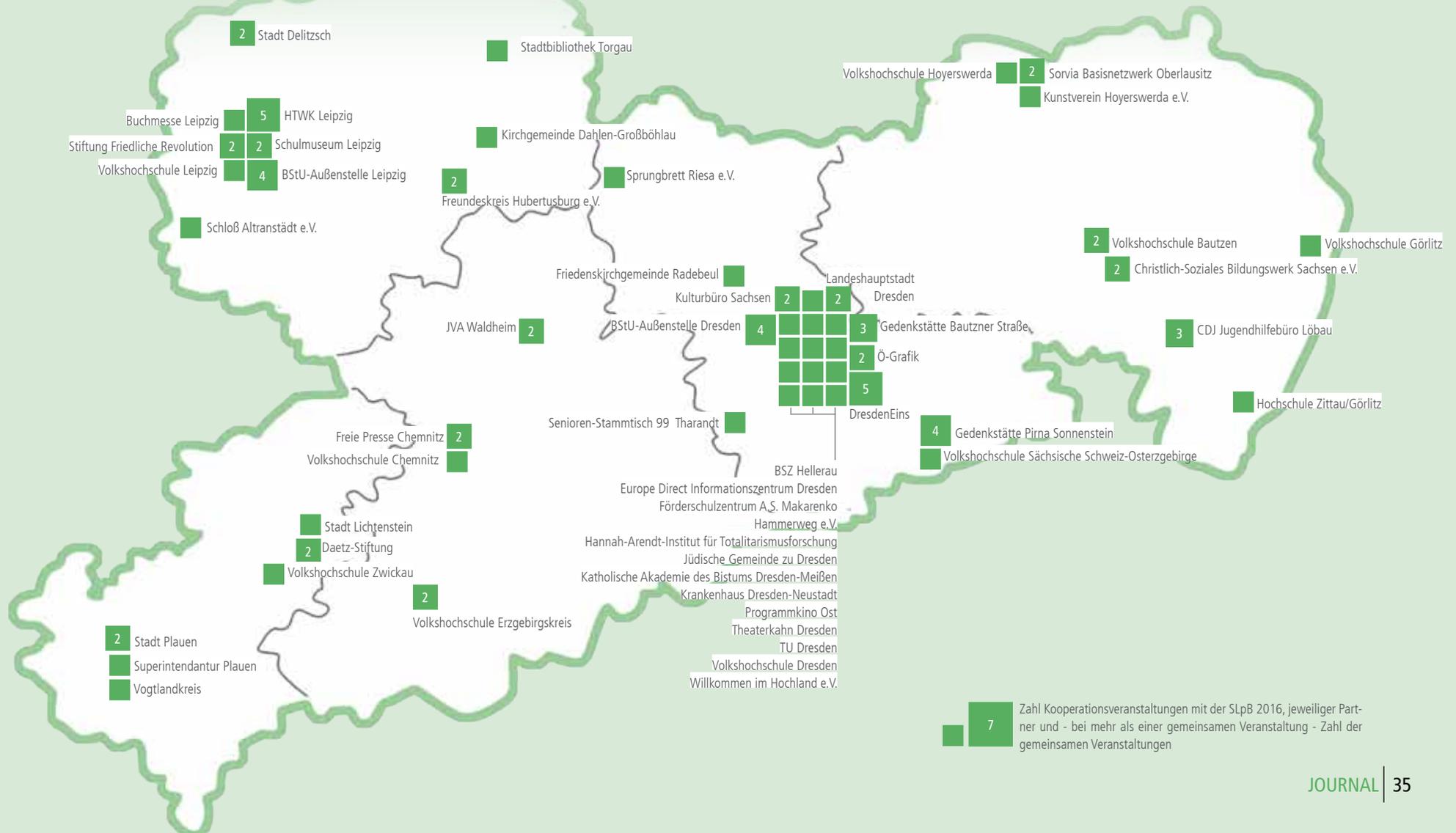
85 Prozent unserer Veranstaltungen fanden außerhalb der Räume der SLpB statt. Diese Präsenz im Freistaat Sachsen ist nur mit Kooperationspartnern möglich. Wir brauchen deren regionale Expertise. Die Bildungsträger in den Regionen kennen die Bedürfnisse vor Ort am besten. Sie sind wertvolle Partner bei der Auswahl und Bereitstellung von Veranstaltungsorten. Nicht zuletzt sind auch personelle, materielle und finanzielle Möglichkei-

ten der Partner wichtig für unsere Kooperationsveranstaltungen. Die Landeszentrale braucht Partner und sie ist Partner.

Unsere überregionalen Kooperationspartner 2016:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen, Bundeszentrale für politische Bildung, DIE ZEIT, DVJJ Landesgruppe Sachsen, EUROBRIDGE, Gesellschaft für Deutschlandforschung, GEW-Landesverband Sachsen, Landesbeirat für Erwachsenenbildung,

MDR, Medienpädagogische Zentren, RIAS Berlin, Sächsischer Ausländerbeauftragter, Sächsische Bildungsagentur, Sächsische Staatskanzlei, Sächsischer Landtag, Sächsisches Staatsarchiv, Sächsisches Staatsministerium für Kultur, Staatliche Studienakademie, Stiftung Kreisau, Universität Kiel, Verband binationale Partnerschaften und Familien, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.



Impressum

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

Tel.: 0351 85318-0

Fax: 0351 85318-55

E-Mail: info@slpb.smk.sachsen.de

Internet: www.slpb.de | www.infoseiten.slpb.de | www.facebook.com/slpb1

Redaktion: Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21 | Fotos: wenn nicht anders angegeben SLpB | Grafiken: Monika Grobel-Jaroschewski

Verteilerhinweis: Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.